

Aus Politik und Zeitgeschichte

)12

bpb:

62. Jahrgang · 7/2012 · 13. Februar 2012

Digitale Demokratie

Jan-Hinrik Schmidt
Das demokratische Netz?

Christian Stöcker
Governance des digitalen Raumes

Daniel Roleff

Digitale Politik und Partizipation: Möglichkeiten und Grenzen

Karl-Rudolf Korte

Beschleunigte Demokratie: Entscheidungsstress als Regelfall

Christoph Bieber

Die Piratenpartei als neue Akteurin im Parteiensystem

Miriam Meckel

Menschen und Maschinen

Editorial

Mit dem Erfolg der Piratenpartei bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus im Herbst 2011 ist auch "Netzpolitik" verstärkt in den öffentlichen Fokus gerückt. Dabei wird häufig übersehen, dass es das Politikfeld vorher schon gab (und auch, dass sich die Piraten nicht mehr nur mit Internetfragen beschäftigen). Die interaktiven digitalen Medien sind heute ein fester Bestandteil vieler Alltagsbereiche, ihre Bedeutung für Politik und Gesellschaft wird niemand mehr ernsthaft bestreiten.

Anlässe, über die Rolle und die Gestaltung des Raumes Internet nachzudenken, gab es in den vergangenen Jahren zuhauf: die Debatte um die Einführung von "Internetsperren" zur Bekämpfung von Kinderpornografie, die Veröffentlichung von vertraulichen Botschaftsdepeschen durch Wikileaks, die "kollaborative Plagiatsdokumentation" zur Dissertation Karl-Theodor zu Guttenbergs oder jüngst der massive Protest zahlreicher Online-Plattformen gegen die geplante Antipirateriegesetzgebung in den USA. Den damit verbundenen Fragen – häufig zugespitzt auf den vermeintlichen Gegensatz "Freiheit oder Sicherheit" – wird zunehmende Priorität eingeräumt, wie auch die Einrichtung der Enquête-Kommission "Internet und digitale Gesellsschaft" des Deutschen Bundestages zeigt.

Durch die Revolutionen in der arabischen Welt schließlich, bei denen das social web eine wichtige Rolle spielte, fühlen sich diejenigen bestätigt, die dem Internet an sich bereits demokratisierende Kraft zuschreiben. Auf der anderen Seite beobachten viele den wachsenden Einfluss einzelner Internet-Unternehmen mit Unbehagen und kritisieren die anonyme "Macht der Algorithmen". Die Qualität der Demokratie im digitalen Zeitalter könnte sich also unter anderem an der Frage bemessen, inwiefern berechtigte Forderungen nach Transparenz und Beteiligung auch gegenüber diesen privatwirtschaftlichen Akteuren geltend gemacht werden (können).

Jan-Hinrik Schmidt

Das demokratische Netz?

Im Vorfeld der G8-Tagung im Mai 2011 fand erstmals ein "eG8-Gipfel" statt, der sich mit der Rolle des Internets für Politik, Wirtschaft

Dr. rer. pol., geb. 1972; Wissenschaftlicher Referent für digitale interaktive Medien und politische Kommunikation am Hans-Bredow-Institut für Medienforschung Hamburg, Warburgstraße 8/10, 20354 Hamburg. j.schmidt@ hans-bredow-institut.de

und Gesellschaft be-Jan-Hinrik Schmidt fasste. Der Gastgeber, Frankreichs präsident Nicolas Sarkozy, begrüßte auf der begleitenden Webseite mit euphorischen Worten: "In nur wenigen Jahren hat das Internet die Träume der Philosophen der Aufklärung verwirklicht und unser gesammel-

tes Wissen dem größten nur denkbaren Publikum zugänglich gemacht. Demokratie und Menschenrechte wurden gestärkt, Staaten zu größerer Transparenz angehalten, und in einigen Ländern konnten unterdrückte Menschen ihre Stimmen erheben, um gemeinsam im Namen der Freiheit zu handeln." In den Ansprachen, unter anderem von Größen der Internetbranche wie Eric Schmidt (Google), Marc Zuckerberg (Facebook) oder Mitchell Baker (Mozilla Foundation), wurde zur Bestätigung immer wieder auf die Umwälzungen in Nordafrika verwiesen. War man nicht gerade erst Zeuge geworden, wie in Ägypten oder Tunesien digitale Informations- und Kommunikationstechnologien den sozialen Wandel nicht nur schleichend und schrittweise, sondern rasant und wahrhaft revolutionär vorantrieben?

Doch nicht alle Beobachter teilten die Euphorie. Angesichts der Redner und (wenigen) Rednerinnen, die überwiegend große Konzerne vertraten, fühlten sich journalistische Beobachter an "Kolonialherren des Internets"12 erinnert. Hinter der Rhetorik von Demokratisierung, Fortschritt und Transparenz stünde letztlich doch nur der Wunsch nach Kontrolle und Profit. Vor knapp 15 Jahren hatte John Perry Barlow in der berühmt gewordenen "Unabhängigkeitserklärung des Cyberspace" noch proklamiert: "Regierungen der industriellen Welt, Ihr müden Giganten aus Fleisch und Stahl, ich komme aus dem Cyberspace, der neuen Heimat des Geistes. (...) Wir haben Euch nicht eingeladen. Ihr kennt weder uns noch unsere Welt. Der Cyberspace liegt nicht innerhalb Eurer Hoheitsgebiete." 2011 hingegen twitterte Jeff Jarvis, als Journalistikprofessor und "public intellectual" einer der wenigen zivilgesellschaftlichen Vertreter auf der Veranstaltung: "At #eg8 I feel like a native American or African watching colonial powers sailing in to conquer our new land."14

Der "eG8-Gipfel" und seine Rezeption werfen exemplarisch zentrale Fragen der gegenwärtigen Medienentwicklung auf: Welche Rolle spielen digitale vernetzte Medien für politisches Handeln und gesellschaftlichen Zusammenhalt? Inwieweit unterstützen sie Prozesse und Strukturen der Teilhabe, inwieweit schaffen und bestärken sie Ungleichheiten oder Ausgrenzung? Pointiert: Ist das Internet demokratisch? Diese Fragen sollen im Folgenden mit einem besonderen Fokus auf den gegenwärtig beobachtbaren Wandel von Öffentlichkeit diskutiert werden.

Von der Datenautobahn zum Social Web

Als sich das Internet in den frühen 1990er Jahren aus den akademischen und militärischen Kreisen hinaus gesellschaftlich verbreitete, standen seine Auswirkungen auf die Verbreitung von Informationen im Vordergrund. Die Metapher der "Datenautobahn" und noch stärker die englische Bezeichnung information superhighway drückten leitbildhaft aus, dass eine zentrale Infrastruktur der Informationsgesellschaft gestaltet werden wollte. Gleichzeitig waren die digitalen Medi-

- Li Eigene Übersetzung; englisches Original unter www.eg8forum.com/en/speeches/editorial (4.1.
- L' Kai Biermann, Die Kolonialherren des Internets, 26.5.2011, online: www.zeit.de/digital/internet/2011-05/eg8-internet-sarkozy (4.1.2012).
- 🗗 John Perry Barlow, Unabhängigkeitserklärung des Cyberspace, 29.2.1996, online: www.heise.de/tp/ artikel/1/1028/1.html (4.1.2012).
- I4 Online: twitter.com/#!/jeffjarvis/status/73284867 168800769 (4.1.2012).

en aber auch schon früh mit Hoffnungen auf den Abbau von Informationsungleichheiten und eine Belebung demokratischer Diskurse verbunden. So hatten technikaffine Nutzergruppen aus der Friedens- oder Umweltbewegung bereits in den 1980er Jahren Computer-Mailboxen genutzt, um sich zu vernetzen. 15 In den USA waren Werte und Leitbilder der Hippie- und Gegenkultur mit den neuen Medientechnologien zu einem "Techno-Utopianism" verschmolzen, in dessen Umfeld unter anderem auch die zitierte "Unabhängigkeitserklärung des Cyberspace" entstand. 6 Jeder könne, so die Vorstellung, zum Sender werden, Informationen und Meinungen mit anderen teilen und sich mit Gleichgesinnten vernetzen, sodass auch bislang marginalisierte Stimmen Gehör finden könnten. I

Im ökonomischen Boom der späten 1990er Jahre und dem darauf folgenden Zusammenbruch der new economy traten diese demokratisch-utopischen Ideale zwar etwas in den Hintergrund, um allerdings nur wenige Jahre später umso stärker wieder artikuliert zu werden. Im Begriff des "Web 2.0" bündelte sich die Vorstellung, das Internet habe eine neue Phase seiner Entwicklung erreicht. 18 Technologische Innovationen und neue Plattformen wie Facebook und Google+, YouTube, Wikipedia oder Twitter versprechen nicht nur neue Geschäftsfelder und Erlösmodelle, sondern transportieren auch Vorstellungen von einem tiefgreifenden gesellschaftlich-kulturellen Wandel. Das Internet der Gegenwart ist kein reines Abruf- und Transaktionsme-

- F Vgl. Gabriele Hoofacker, Aufstieg und Niedergang einer Non-Profit-Community 1987 – 1997 – 2007. Ein Beitrag zur Archäologie der Wissensgesellschaft, in: Johannes Raabe/Rudolf Stöber/Anna M. Theis-Berglmair/Kristina Wied (Hrsg.), Medien und Kommunikation in der Wissensgesellschaft, Konstanz, S. 282–293.
- Vgl. Fred Turner, From Counterculture to Cyberculture. Stewart Brand, the Whole Earth Network, and the Rise of Digital Utopianism, Chicago 2006.
- P Beispielhaft für eine frühe "cyberoptimistische Position" stehen Roza Tsagarousianou/Damian Tambini/Cathy Bryan (eds.), Cyberdemocracy. Technology, cities and civic networks, London-New York 1998
- Is Vgl. Tim O'Reilly, What is Web 2.0. Design patterns and business models for the next generation of software, 30.9.2005, online: www.oreilly.com/web2/archive/what-is-web-20.html (4.1.2012).
- P Ausführlicher dargestellt bei Jan Schmidt, Das neue Netz. Merkmale, Praktiken und Folgen des Web 2.0, Konstanz 2009, S. 13 ff.

dium mehr, sondern bietet die Infrastruktur für "soziale Medien", die Partizipation und Teilhabe erleichtern. I¹⁰ Es ist zum *social web* geworden.

Wandel von Öffentlichkeit

Wie aber ist dieser Medienwandel in Hinblick auf demokratische Prozesse und Strukturen einzuschätzen? Unbestritten ist zunächst, dass sich die sozialen Medien, wenngleich auf unterschiedlich hohem Niveau, in den vergangenen fünf Jahren im Alltag vieler Internetnutzer etabliert haben. 111 Aus Sicht des Einzelnen senken sie die technischen Hürden, sich mit seinen eigenen Interessen, Meinungen oder Erlebnissen zu präsentieren und sich darüber mit anderen Menschen auszutauschen. Zudem stellen sie Werkzeuge und Mechanismen zur Verfügung, Informationen aller Art zu recherchieren, zu filtern, gemeinsam mit anderen zu bearbeiten und weiterzuverbreiten.

Auf dieser Grundlage bringen die sozialen Medien einen neuen Typ von Öffentlichkeit hervor, der sich als "persönliche Öffentlichkeit" bezeichnen und in verschiedener Hinsicht von den Öffentlichkeiten der publizistischen (Massen-)Medien abgrenzen lässt. 12 Erstens werden Informationen in persönlichen Öffentlichkeiten vorrangig nach dem Kriterium der persönlichen Relevanz ausgewählt und miteinander geteilt, nicht nach den professionell-journalistischen Standards von Nachrichtenwert und gesellschaftlicher Relevanz. Zweitens adressieren Nutzerinnen und Nutzer ihr eigenes erweitertes soziales Netzwerk, das sich in den bestätigten Facebook-Kontakten oder den followers auf Twitter ausdrückt, nicht das unspezifische, verteilte und unbekannte Massenpublikum, das der professionelle Journalismus bedient. Drittens ist schließlich aufgrund der interaktiven Optionen, welche die meisten sozialen Medien bieten, die Kommunikation stärker auf den Modus "Konversation",

- I¹⁰ Vgl. Stefan Münker, Emergenz digitaler Öffentlichkeiten. Die Sozialen Medien im Web 2.0, Frankfurt/M. 2009.
- I¹¹ Vgl. zum Beispiel die j\u00e4hrlich vorgestellten Befunde der ARD/ZDF-Onlinestudie unter www.ard-zdf-onlinestudie.de.
- I¹² Vgl. zum Folgenden ausführlich und mit zahlreichen Quellen J. Schmidt (Anm. 9), S. 107 ff.

also auf den wechselseitigen Austausch und Dialog ausgerichtet, als auf das eher einseitige Publizieren. Damit zusammenhängend sind in persönlichen Öffentlichkeiten auch Kommunikationsnormen wie "Authentizität" oder "Dialogbereitschaft" weit verbreitet und handlungsleitend.

Publizistische Medienangebote verlieren durch das Aufkommen der sozialen Medien nicht zwangsläufig an Bedeutung. Nach wie vor sind sie es, die nach etablierten Kriterien sowie institutionell gesichert und auf Dauer gestellt das gesellschaftlich als relevant Erachtete auswählen und verteilen. 113 Die Konversationen in den persönlichen Öffentlichkeiten machen allerdings die Anschlusskommunikation des Publikums sichtbar, die auf journalistisch gesetzte Themen folgt und eine wichtige Rolle für Meinungsbildung und gesellschaftliche Einordnung dieser Themen spielt. Nutzerinnen und Nutzer können sich so zu politischen Fragen positionieren und ihrem erweiterten sozialen Netzwerk die eigene Haltung signalisieren, sich in Diskussionen einbringen und unter Umständen auch andere Menschen aktivieren. I¹⁴ Zudem können professionelle politische Akteure, zum Beispiel politische Parteien oder Nichtregierungsorganisationen, die journalistische Vermittlung ihrer Anliegen zumindest insoweit umgehen, wie sie selbst Kommunikationsangebote für ihre Zielgruppen machen.

Persönliche Öffentlichkeiten sind daher zwar ein wesentlicher, aber nicht der einzige Bestandteil von "integrierter Netzwerköffentlichkeit", zu der zahlreiche professionelle wie nicht-professionelle Kommunikatoren mit ganz unterschiedlicher Reichweite beitragen. I¹⁵ Noch stärker als bislang zeigt sich, dass im Internet die Trennung zwischen "Sender" und "Empfänger", die für die massenmediale Kommunikation zentral ist, verschwimmen kann. In persönlichen Öffentlichkeiten ist man beides: Man teilt seinem eigenen erweiterten Netzwerk mit, was man gerade für relevant hält, und empfängt gleichzeitig das, was das Netzwerk für mitteilenswert hält. Diese Neuigkeiten nehmen die Gestalt von streams oder feeds an, von dynamischen, ständig aktualisierten Informationsflüssen, aus denen man wiederum einzelne Inhalte aufgreifen und weiterverbreiten, kommentieren oder empfehlen kann.

Facebook-Revolution?

Welche Rolle diese Strukturen und Mechanismen onlinebasierter Öffentlichkeit für die politische Kommunikation spielen, wurde im "Arabischen Frühling" besonders deutlich so sehr, dass die Umstürze in Tunesien und Ägypten sowie Massendemonstrationen und soziale Unruhen in einer Reihe weiterer arabischer Staaten auch als "Facebook-Revolution" bezeichnet wurden. I¹6 Dass Medientechnologien eine wichtige Rolle für den Ablauf politischer Proteste spielen, ist zwar nicht neu: Das sich entwickelnde Zeitungswesen, aber auch Flugblätter und Karikaturen waren entscheidende Träger von Öffentlichkeit für die Französische Revolution. Bei der iranischen Revolution von 1979 spielten Transistorradios und Kassettenrekorder eine wichtige Rolle, um die Predigten und Aufrufe der Mullahs zu verbreiten. I¹⁷ Inzwischen haben sich die Werkzeuge, um politische Forderungen zu verbreiten, Gleichgesinnte zu mobilisieren und Aktivitäten zu koordinieren, aber ganz offensichtlich weiterentwickelt.

- Vgl. Otfried Jarren, Massenmedien als Intermediäre. Zur anhaltenden Relevanz der Massenmedien für die öffentliche Kommunikation, in: Medien & Kommunikationswissenschaft, 56 (2008) 3-4, S. 329-346.
 Vgl. Ulrike Wagner/Peter Gerlicher/Niels Brüggen, Partizipation im und mit dem Social Web Herausforderungen für die politische Bildung, München 2011.
- I¹⁵ Vgl. Christoph Neuberger, Internet, Journalismus und Öffentlichkeit. Analyse des Medienumbruchs, in: ders./Christian Nuernbergk/Melanie Rischke (Hrsg.), Journalismus im Internet: Profession Partizipation Technisierung, Wiesbaden 2009, S. 19–105.
- I¹6 So bspw. bei Thomas Apolte/Marie Möller, Die Kinder der Facebook-Revolution, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.2.2011, online: www.faz.net/aktuell/politik/arabische-welt/staatenim-umbruch-die-kinder-der-facebook-revolution-1592378.html (4.1.2012). Bereits 2009 waren die Proteste nach der Präsidentschaftswahl in Iran als "Twitter-Revolution" bezeichnet worden: Iran's Twitter Revolution, in: The Washington Times vom 16.6.2009, online: www.washingtontimes. com/news/2009/jun/16/irans-twitter-revolution (4.1.2012).
- ¹⁷ Vgl. Lance Morrow, The Dynamics of Revolution, in: Time vom 12.3.1979.

Die hohe Verbreitung von Mobiltelefonen und digitalen Kameras sorgte dafür, dass Bilder von Demonstrationen oder Ubergriffen aufgezeichnet werden konnten, und die sozialen Medien halfen dabei, diese Informationen nahezu in Echtzeit zu verbreiten. Die Schneeballeffekte, die in den vernetzten Öffentlichkeiten zum Tragen kommen, erhöhten die Reichweite der Bilder und Aufrufe - auch weil Fernsehsender wie CNN oder Al-Jazeera auf die nutzergenerierten Inhalte zurückgriffen und in ihre eigene Berichterstattung einbanden. 118 Die Protestöffentlichkeit wurde transnational: Auch in Deutschland konnte jeder, der wollte, die Proteste auf dem Tahrir-Platz in Kairo oder dem Platz des 7. November in Tunis buchstäblich *live* verfolgen und sich unter Umständen sogar selbst als Multiplikator fühlen, zum Beispiel durch das Weiterleiten von Informationen zum Umgehen von Internetsperren. Diese Form der politischen Teilhabe auch über Grenzen hinweg war in der Tat neu.

Doch rechtfertigt dies, von einer "Internet-Revolution" zu sprechen? Oder allgemeiner gefragt: Sind die Ereignisse in der arabischen Welt Beleg dafür, dass das Internet tatsächlich demokratisch, gar demokratisierend ist und die Auffassung von Wael Ghonim, einem ägyptischen Internet-Aktivisten (und Google-Manager) zutrifft: "If you want to liberate a society, just give them the Internet"? Die Antwort muss nüchterner und differenzierter ausfallen. Das Internet und die sozialen Medien können schwerlich als Ursache der Proteste angesehen werden - diese sind vielmehr in Faktoren wie hoher Jugendarbeitslosigkeit, grassierender Korruption oder steigenden Lebenshaltungskosten zu suchen, die in den verschiedenen arabischen Staaten jeweils eigene Gemengelagen ergaben. 120

IIS Vgl. Adrienne Russell, Extra-National Information Flows, Social Media, and the 2011 Egyptian Uprising, in: International Journal of Communication, 5 (2011), S. 1238–1247, online: www.ijoc.org/ojs/index.php/ijoc/article/view/93/630 (4.1.2012).
III Zit. nach: Albrecht Hofheinz, Nextopia? Beyond Revolution 2.0, in: International Journal of Communication, 5 (2011), S. 1417–1434, online: www.ijoc.org/ojs/index.php/ijoc/article/view/1186/629 (4.1.2012).
III Canderstudien und Analysen im Dossier "Arabischer Frühling" der Bundeszentrale für politische Bildung, online: www.bpb.de/XLPYYY (4.1.2012), sowie in APuZ, (2011) 39, "Arabische Zeitenwende", online: www.bpb.de/AECUIJ (4.1.2012).

Zudem ist das Internet nur Teil einer umfassenderen und komplexeren Medienlandschaft. So war in Agypten beispielsweise das Fernsehen eine wichtige Informationsquelle, wenngleich mit ganz unterschiedlichen Ausrichtungen: Die staatlichen und privat kontrollierten Fernsehstationen versuchten die Lage herunterzuspielen, während der transnationale Sender Al-Jazeera, vor allem durch Rückgriff auf die sozialen Medien, im wörtlichen Sinn ein "Kontrastprogramm" bot. 121 Hinzu trat die interpersonale Kommunikation über Mobiltelefone und SMS, die allerdings ähnlich wie die Internetkommunikation immer auch die Gefahr der Überwachung und Kontrolle birgt. So kappte die ägyptische Regierung in einem verzweifelten Versuch, die Oberhand über die Kommunikationsströme zu gewinnen, sowohl einen Großteil der Internetzugänge als auch der Mobilfunknetzwerke. P²² Der Fokus auf die vorgeblich "revolutionären Medieninnovationen" ist somit problematisch, weil dadurch verborgen bleibt, inwieweit gesellschaftlich-kulturelle Strukturen in den arabischen Staaten durch eher schrittweise und langfristige Entwicklungen geprägt und verändert werden, bei denen neue und alte Medien koexistieren. 123

Mediennutzung im Kontext

Über den sicherlich anschaulichen und aufschlussreichen Fall des "Arabischen Frühlings" hinaus lässt sich eine Reihe von weiteren Argumenten finden, die gegen die

P¹ Vgl. Eike M. Rinke/Maria Röder, Media Ecologies, Communication Culture, and Temporal-Spatial Unfolding: Three Components in a Communication Model of the Egyptian Regime Change, in: International Journal of Communication, 5 (2011), S. 1273–1285, online: www.ijoc.org/ojs/index.php/ijoc/artic-le/view/1173/603 (4.1.2012).

P²² Vgl. ebd., S. 1281 f. Die Strategien der tunesischen Regierung zur Medienkontrolle schildert Ben Wagner, "I have understood You": The Co-evolution of Expression and Control on the Internet, Television and Mobile Phones During the Jasmine Revolution in Tunisia, in: International Journal of Communication, 5 (2011), S. 1295–1302, online: www.ijoc.org/ojs/index.php/ijoc/article/view/1174/606 (4.1.2012).

P³ Vgl. A. Hofheinz (Anm. 19); speziell für den Iran beispielhaft auch Annabelle Sreberny/Gholam Khiabany, Blogistan. Politik und Internet im Iran, Hamburg 2011. schlichte und technikdeterministische Annahme sprechen, das Internet sei per se ein demokratisierendes Medium. Es profitieren eben nicht nur demokratische Stimmen oder emanzipativ-aufklärerische Gegenöffentlichkeiten von niedrigeren Publikationsund Distributionshürden. Auch politisch radikale, undemokratische Standpunkte und Inhalte können leichter verbreitet werden, weil "gerade Verbreiter von *Hate Speech*, also von menschenverachtenden Äußerungen und Hetze, (...) durch das Internet überproportional gewinnen" und so "besonders vom Wegfall des *Gatekeeping* profitieren". I²⁴

Zivilgesellschaftliche Reaktion auf diese Aktivitäten sind beispielsweise Projekte wie "no-nazi.net" oder "hass-im-netz.info". Sie dokumentieren die Online-Aktivitäten rechtsextremer Parteien und Gruppierungen und klären über Strategien und Maßnahmen auf, mit denen diskriminierenden Inhalten auf Plattformen wie Facebook oder YouTube begegnet werden kann.

Darüber hinaus prägt die Einbettung in bereits existierende institutionelle oder organisatorische Strukturen. Schon innerhalb einer Gesellschaft, noch viel mehr im grenzüberschreitenden Vergleich, finden sich unterschiedliche politische Akteure, darunter Parteien, lokale Bürgerinitiativen, Nichtregierungsorganisationen oder auch lockere Ad-hoc-Netzwerke von Aktivistinnen und Aktivisten, die sich der digitalen Medien für politische Zwecke bedienen. Sie verfolgen dabei jeweils eigene Ziele und Interessen, besitzen eigene institutionalisierte Formen der Koordination und Abstimmung von Handeln sowie des Austragens von Konflikten, und verfügen nicht zuletzt auch über unterschiedliche personelle oder finanzielle Ressourcen. In diesen Rahmen werden die jeweils neuen Medien eingepasst - ob sie an die Seite oder an die Stelle anderer Werkzeuge und Technologien treten, ist aber nicht von vornherein ausgemacht.

P² Daniel Müller, Lunatic Fringe Goes Mainstream? Keine Gatekeeping-Macht für Niemand, dafür Hate Speech für Alle – zum Islamhasser-Blog Politically Incorrect, in: Navigationen. Zeitschrift für Medienund Kulturwissenschaften, 8 (2008) 2, S. 109–126, hier: S. 114.

Erst diese Kontextbedingungen können erklären, warum sich bestimmte Online-Strategien oder Praktiken nicht für jeden Einsatzzweck eignen. Exemplarisch lässt sich dies am ersten Präsidentschaftswahlkampf von Barack Obama im Jahr 2008 zeigen. 125 Er beruhte in hohem Maße darauf, mit Hilfe von innovativen digitalen Plattformen lokale Unterstützernetzwerke aufzubauen (indem Gleichgesinnte in Städten oder Bezirken zusammengebracht wurden), deren Basisarbeit vor Ort zu unterstützen (indem Wahlkampfmaterial und Argumentationshilfen, aber auch Adressen noch unentschlossener Wählerinnen und Wähler für Hausbesuche zur Verfügung gestellt wurden) und nicht zuletzt bis dato ungekannte Summen an (Klein-)-Spenden einzuwerben.

Im Bundestagswahlkampf 2009 ließ sich nur wenig Vergleichbares beobachten. Pe Dies lag aber nicht an der Unwilligkeit oder mangelnden Internetaffinität der Wahlkämpfer, sondern vielmehr daran, dass vergleichbare Unterstützernetzwerke hierzulande bereits (manche würden sagen: noch) existieren. Die Ortsvereine oder Bezirksgruppen der Parteien bündeln und organisieren das Engagement der Basis, nicht zuletzt weil sie auch zwischen den Wahlkämpfen aktiv sind. Die Mitgliedsbeiträge sorgen in Kombination mit der staatlichen Parteienfinanzierung dafür, dass Parteien und ihre Kandidaten nicht im gleichen Maße darauf angewiesen sind, jeden Wahlkampf von Grund auf neu durch Spenden zu finanzieren. Schärfere Datenschutzregelungen verhindern schließlich, dass ähnlich umfangreiche und intransparente Datenbanken über potenzielle Wählerinnen und Wähler wie in den USA angelegt werden, die zum Beispiel Informationen über Konsumgewohnheiten mit Wahlverhalten kombinieren. 127

P⁵ Vgl. Christoph Bieber, Politik Digital. Online zum Wähler, Salzhemmendorf 2010.

P⁶ Vgl. Eva Johanna Schweitzer/Steffen Albrecht (Hrsg.), Das Internet im Wahlkampf. Analysen zur Bundestagswahl 2009, Wiesbaden 2011.

Vgl. Daniel Kreiss/Philip N. Howard, New Challenges to Political Privacy: Lessons from the First U.S. Presidential Race in the Web 2.0 Era, in: International Journal of Communication, 4 (2010), S. 1032–1050, online: www.ijoc.org/ojs/index.php/ijoc/article/view/870/473 (4.1.2012).

Neue Macht

In einem ganz wesentlichen Punkt steht die Debatte über die Folgen der digitalen Medien für demokratische Teilhabe erst am Anfang: Begreift man die sozialen Medien als Kommunikationsraum, in dem sich vernetzte Öffentlichkeiten formieren, muss auch über die Teilhabe an dessen Gestaltung nachgedacht werden. Bislang sind vor allem die Plattformbetreiber und Softwareentwickler die Architekten der neuen Kommunikationsräume. Sie programmieren den Software-Code und damit die Optionen und Restriktionen, die den Nutzerinnen und Nutzern für Austausch und Partizipation zur Verfügung stehen. Sie kanalisieren das Nutzerhandeln, wenngleich sie es nicht völlig determinieren.

Die Kontrolle über die Gestaltung digitaler Medientechnologien hat potenziell weitreichende Folgen. Filter- und Aggregationsalgorithmen können in den Dienst von Überwachung oder Zensur gestellt werden, wie der belarussische Publizist Evgeny Morozov den "Cyber-Optimisten" entgegenhält. 128 Und der Aktivist und Autor Eli Pariser hat unlängst darauf hingewiesen, dass die immer ausgefeilteren Methoden der personalisierten Auswahl von Informationen zwar Orientierung in der Fülle verfügbarer Daten und Nachrichten bieten, aber auch zu filter bubbles führen könnten. 129 Eine solche fragmentierte Öffentlichkeit, in der jeder seine eigene "Informationsblase" besäße und es immer weniger gemeinsam geteilte Wissensbestände gäbe, böte keine geeignete Grundlage mehr für gesellschaftliche Integration.

Die Frage nach Teilhabe und Gestaltung der sozialen Medien ist aber auch deswegen so drängend, weil es sich um Infrastrukturen für gesellschaftliche Öffentlichkeit, aber eben nicht um öffentliche Infrastrukturen handelt. Mit Ausnahme der Wikipedia sind die dominierenden Plattformen des social web im Besitz von Unternehmen und Konzernen, die wiederum ein Interesse daran haben, möglichst umfassende Informationen über ihre Nutzerinnen und Nutzer zu sammeln. Ihre

128 Vgl. Evgeny Morozov, The Net Delusion. The Dark Side of Freedom, New York 2010.

Geschäftsmodelle beruhen vielfach darauf, gegenüber Werbetreibenden die Daten oder Aktivitäten der Nutzenden zu vermarkten. Für Letztere ist die Partizipation an vielen Diensten und Plattformen deswegen in der Regel freiwillig und kostenfrei, doch oft sind das Ausmaß und die Verwendung der gesammelten Daten nicht transparent und den Nutzerinnen und Nutzern nicht bewusst. Pointiert formuliert: "Wenn man nicht dafür zahlt, ist man selbst das Produkt." po

Es ist offen, inwiefern eine gesellschaftliche Mehrheit auf Dauer damit einverstanden sein wird, dass an solch zentraler Stelle von Mediennutzung nicht nur eine Einschränkung ihrer informationellen Selbstbestimmung droht, sondern auch eine Machtfülle entsteht, der keine ausreichende demokratische Legitimierung und Kontrolle entgegensteht. Wirklich demokratisch kann das Netz daher nur sein, wenn auch die Gestaltung der zugrundeliegenden Technologien offen für Mitbestimmung und Teilhabe ist.

P⁰ Das Originalzitat stammt ursprünglich aus einer online geführten Diskussion und hat sich rasch als Diagnose verbreitet; vgl. online: www.metafilter.com/95152/Userdriven-discontent#3256046 (4.1.2012).



Vgl. Eli Pariser, Filter Bubble. What the Internet is hiding from you, London 2011.

Christian Stöcker

Governance des digitalen Raumes: aktuelle netzpolitische Brennpunkte

Der Harvard-Professor Jonathan Zittrain hat für einen Grundmechanismus der Entwicklung des Internets einen wenig

Christian Stöcker

Dr. phil., geb. 1973; Ressortleiter Netzwelt bei "Spiegel Online", Ericusspitze 1, 20457 Hamburg. christian_stoecker@spiegel.de

schmeichelhaft klingenden Begriff geprägt: das Prokrastinations-, also das Aufschub- oder Trödelprinzip. Dieses basiere, schreibt Zittrain in seinem Buch "The Future

of the Internet - And How to Stop It", auf dem Kerngedanken, dass die meisten Probleme, die dem Netzwerk begegnen, entweder später oder doch wenigstens von anderen als einem selbst gelöst werden können. Zittrain findet das nicht negativ: Die chronische Aufschieberitis der Väter des Netzes sei ein Glücksfall gewesen. Hätte man alle Wenns und Abers von Anfang an mitgedacht, hätte sich das Internet weder so rasant noch auf so unvorhersehbare Weise entwickeln können. Das Trödelprinzip lag im Nutzerkreis des frühen Internets begründet: Weil die Gruppe vergleichsweise klein und elitär war - hauptsächlich handelte es sich um Wissenschaftler -, vertraute man einander, ging nicht von Drohszenarien aus, sondern versuchte, mit einem Minimum an Aufwand ein Maximum an Möglichkeiten zu schaffen. Auf Probleme bereitete man sich nicht vor - es reichte, zu reagieren, wenn sie auftauchten.

Eine Folge dieses Grundprinzips ist, dass das Internet von seinen Nutzerinnen und Nutzern nicht verlangt, sich auszuweisen. Bei anderen, kommerziellen Computernetzwerken wie AOL oder Compuserve war das anders: Dort war jeder eindeutig identifizierbar. Zwar hat jeder Rechner, der eine Verbindung zum Internet herstellt, seit jeher eine eindeutige IP-Adresse (IP = Internet Protocol), eine Ziffernfolge, die jeden

an das Internet angeschlossenen Rechner zweifelsfrei identifiziert. Der Nutzer persönlich aber muss sich nicht ausweisen. Um seiner habhaft zu werden, braucht man gespeicherte Verbindungsdaten, Gerichtsbeschlüsse oder Behördenanordnungen und die Kooperation des jeweiligen Zugangsproviders. Zittrain: "Diese Auslassung führte zu den wohldokumentierten Schwierigkeiten, Übeltäter online zu identifizieren, angefangen bei jenen, die urheberrechtlich geschütztes Material über das Netzwerk tauschen bis hin zu Hackern, die das Netzwerk selbst angreifen." Gleichzeitig aber könne man die eingebaute Anonymität als "Bollwerk" betrachten "gegen unterdrückerische Regime, die ihre Internet-surfende Bevölkerung überwachen wollen". In jedem Fall zeige das Beispiel, dass im Internet scheinbar rein technisch begründete Entscheidungen, "große Implikationen für soziale Interaktion und Regulierung haben können". Piese Beobachtung betrifft bis heute praktisch jeden Versuch, auf politischer Ebene regulierend in die Funktionsweise des Internets einzugreifen.

Die Reaktionen auf die aus Sicht manchen Regulierers allzu große Freiheit, die das Trödelprinzip mit sich brachte, fallen in verschiedenen Teilen der Welt höchst unterschiedlich aus. In China und inzwischen auch in Iran etwa muss sich eben doch jeder Internetnutzer ausweisen - nur eben nicht beim Einloggen ins Netz selbst, sondern in dem Moment, in dem er oder sie sich in einem Internetcafé an einen Rechner setzen will. Kontrolle flankiert so Zensur. Andere autoritäre Staaten haben ähnliche Reglements installiert. Zuletzt machte der belarussische Diktator Aljaksandr Lukaschenka von sich reden, indem er ein Gesetz in Kraft setzte, das die flächendeckende Kontrolle aller belarussischen Internetnutzer vorsieht und parallel den Unternehmen des Landes untersagt, Websites zu betreiben, die nicht in Belarus selbst registriert sind. Geschäftsbeziehungen sind nur heimischen Websites gestattet - "google.com" oder "ebay.com" zu benutzen, ist somit seit dem 6. Januar 2012 illegal. Wenn die Belarussen sich daran halten, ist das Land de facto vom eigentlichen Internet abgekoppelt.

I' Jonathan Zittrain, The Future of the Internet – And How to Stop It, New Haven–London 2008, S. 32 f.

Surf global, govern local?

Politische Entscheidungen können in der digitalen Welt weitreichende Folgen technischer, sozialer oder gesellschaftlicher Natur haben. Das gilt in allen Bereichen, über deren Regulierung derzeit weltweit diskutiert wird, beispielsweise in Bezug auf die sogenannte Netzneutralität. Dabei geht es um die Frage, ob es Internetprovidern gestattet werden soll, von bestimmten Inhalte-Anbietern, etwa Video-Websites, zusätzliche Gelder zu verlangen und ihnen im Gegenzug einen besonders schnellen und reibungslosen Transport ihrer Daten zuzusichern. Befürworter eines neutralen Netzes, in dem diese Art von Gegengeschäft nicht möglich ist, befürchten ein Zwei-Klassen-Internet, in dem finanzkräftige Seitenbetreiber Vorfahrt haben - oder inhaltlich nicht genehme Seiten benachteiligt werden.

Da das Internet ein globales Medium ist, können viele Entscheidungen auf nationaler Ebene ohnehin kaum sinnvoll getroffen werden. In Bezug auf den Datenschutz erfahren das deutsche Politiker und Datenschützer derzeit einmal mehr: Weil sich die EU und die USA mit der sogenannten safe-harbor-Regelung darauf geeinigt haben, dass auch US-Unternehmen unter bestimmten Bedingungen, die nicht deutschem Reglement entsprechen, personenbezogene Daten aus Europa verarbeiten dürfen, beschränken sich politische Interventionen hier oft auf Appelle. Generell gilt: Der Serverstandort entscheidet über den Gerichtsstand. Weil die europäischen Server des sozialen Netzwerks Facebook in Irland stehen, muss sich Facebook an irisches, nicht deutsches Datenschutzrecht halten. Gleichzeitig laufen supranationale Anstrengungen - etwa die sogenannte cookie-Richtlinie der EU - wegen der Komplexität des Gegenstands oft ins Leere. Die Richtlinie sieht vor, dass "die Speicherung von Informationen oder der Zugriff auf Informationen, die bereits im Endgerät eines Teilnehmers oder Nutzers gespeichert sind, nur gestattet ist, wenn der betreffende Teilnehmer oder Nutzer auf der Grundlage von klaren und umfassenden Informationen, die er gemäß der Richtlinie 95/46/EG u.a. über die Zwecke der Verarbeitung erhält, seine Einwilligung gegeben hat".12

P Richtlinie 95/46/EG zum Schutz natürlicher Personen bei der Verbreitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr, 24. 10. 1995.

Auf den meisten Rechnern, die regelmäßig zum Surfen genutzt werden, sind Hunderte solcher cookie genannten kleinen Textdateien gespeichert, die es einer Website erlauben, einen wiederkehrenden Nutzer zu erkennen und beispielsweise bestimmte Personalisierungseinstellungen automatisch vorzunehmen. Die wortgetreue Umsetzung der Richtlinie hätte zur Folge, dass jeder Internetnutzer praktisch bei jeder erstmals besuchten Website, mindestens einmal, oft mehrfach seine Zustimmung zum Setzen eines cookies geben müsste. Internetnutzung würde so zu einem guälenden Vorgang, dem Datenschutz wäre kaum gedient, weil Nutzer sich schnell angewöhnen würden, blind auf "Akzeptieren" zu klicken, um die lästigen pop-up-Fenster wieder loszuwerden. Deutschland und andere Staaten haben die Richtlinie bislang nicht umgesetzt.

Die supranationale Netzregulierung aber beschränkt sich derzeit ohnehin noch immer überwiegend auf Zittrains Trödelprinzip: Organisationen wie das von den Vereinten Nationen initiierte Internet Governance Forum sollen zwar möglichst viele stakeholder, also Regierungen, Unternehmen und andere Organisationen an einen Tisch bringen, die dort erörterten Fragen haben jedoch selten Auswirkungen auf die Regulierung des Netzes zu vielfältig sind die Wünsche der Interessengruppen. Viele Entscheidungen, etwa die über die Einführung des neuen Internetprotokolls IPv6, das den Adressraum des Internets erweitern soll, werden in lose organisierten Gruppen wie der Internet Engineering Task Force (IETF) erarbeitet, die überwiegend aus Technikern und Ingenieuren besteht. In diesem Bereich hat sich der kollaborative, an den technischen Problemen orientierte Ansatz der Frühzeit bislang bewahrt.

Urheberrechte und Datenvorräte

Auf anderen Gebieten versuchen Nationalstaaten und Lobbyorganisationen, Fakten zu schaffen. Zwar würde keine demokratische Regierung es derzeit wagen, ähnlich restriktive Regelungen wie Belarus, China oder Iran zu erlassen. Doch manche westlichen Politiker und viele Lobbyisten arbeiten nach Kräften daran, etwas auszumerzen, dass sie nicht als Glücksfall, sondern als Geburtsfehler des Internets betrachten: die zumindest potenzielle Anonymität der Nutzer. Eine zentrale Rolle

spielen dabei die Branchenverbände der Unterhaltungs- und Softwarebranche. Vor allem die Verbände der Musik- und Filmindustrie versuchen seit Jahren auf nationaler und internationaler Ebene, das Internet ein bisschen weniger anonym zu machen und die Verfolgung von Copyrightverstößen zu verschärfen. Vielerorts sind die Branchenverbände dabei erfolgreich gewesen, etwa in Frankreich: Das sogenannte Hadopi-Gesetz von 2009 sieht dort vor, dass Internetnutzern, die dreimal beim Verstoß gegen Urheberrechte ertappt werden, der Netzzugang gesperrt wird. In Großbritannien wurde 2010 der Digital Economy Act verabschiedet, ein Gesetz, das ursprünglich ebenfalls eine solche three-strikes-Regel enthalten sollte, die aber schließlich aufgrund heftiger Opposition - unter anderem aus dem Oberhaus - gekippt wurde. Die deutsche Bundesregierung hat derart radikalen Regulierungswünschen bislang eine klare Absage erteilt.

Voraussetzung für Maßnahmen wie die Umsetzung solcher three-strikes-Regelungen ist, dass man Nutzer, die online beispielsweise urheberrechtlich geschütztes Material anbieten, zweifelsfrei identifizieren kann. Das geht nur über die IP-Adresse. Dem jeweiligen Internetprovider, über dessen Server ein Rechner seinen Internetzugang bekommt, liegen im Normalfall auch Informationen darüber vor, wer der Inhaber des entsprechenden Anschlusses ist. Zwar gibt es Möglichkeiten, seine IP-Adresse zu verschleiern, doch diese sind erstens mit einem gewissen Aufwand verbunden und führen zweitens oft dazu, dass die Datenübertragung erheblich verzögert wird, was gerade die Benutzung von Tauschbörsen unattraktiv macht. IP-Adressen werden meist dynamisch vergeben. Das heißt, bei jedem erneuten Einloggen ins Internet kann ein und demselben Rechner eine unterschiedliche Adresse zugewiesen werden. Zur zweifelsfreien Identifikation eines Anschlusses muss also zusätzlich die Information vorliegen, wann eine IP-Adresse einem Rechner zugeordnet war. Alle Internetprovider speichern diese Adresszuordnungen zu Abrechnungszwecken für eine gewisse Zeit. So lässt sich im Nachhinein feststellen, welcher Kunde zu einem bestimmten Zeitpunkt mit welcher IP-Adresse im Netz unterwegs war.

Die EU-Richtlinie zur sogenannten Vorratsdatenspeicherung sieht vor, dass diese Adresszuordnungen für einen längeren Zeitraum, etwa sechs Monate, gespeichert werden müs-

sen. Diverse EU-Staaten haben die Richtlinie bereits umgesetzt, allerdings variiert die vorgeschriebene Speicherdauer. In Deutschland wurde die Richtlinie zwar umgesetzt, das entsprechende Gesetz dann aber vom Bundesverfassungsgericht im Frühjahr 2010 gekippt. Die Richter mahnten Nachbesserungen an, insbesondere forderten sie "anspruchsvolle und normenklare Regelungen" was Datenschutz, Datensicherheit, Transparenz und Zugriffsrechte angeht. 13 Seit dem Urteil ist das Gesetz außer Kraft. Auf eine Neufassung konnte sich die schwarz-gelbe Bundesregierung bislang nicht einigen, nicht zuletzt aufgrund des Widerstandes von Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP). Zwar fordern Polizeiverbände und Bundeskriminalamt beständig die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung, und auch die Innenminister der Länder betonen in regelmäßigen Abständen, man benötige die Daten zur Verfolgung von Straftaten, bislang aber ohne Erfolg.

Mittlerweile übt sogar die Europäische Kommission Druck auf Deutschland aus: Im Dezember 2011 erklärte ein Sprecher der Kommission, wenn die Richtlinie nicht zügig umgesetzt werde, behalte man sich weitere Schritte vor. Konkret wurde er nicht, jedoch könnte im Zweifelsfall ein Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof eingeleitet werden, das schlimmstenfalls Strafzahlungen nach sich ziehen könnte. Leutheusser-Schnarrenberger verweist darauf, dass die EU selbst gerade dabei ist, die Richtlinie zu überarbeiten. Tatsächlich bescheinigte eine erste Evaluation der EU-Richtlinie "ernsthafte Mängel". 4 Es herrsche Unklarheit über Speicherdauern, Zweck, Begrenzung und Ausmaß der Datenspeicherung, die Kostenfrage hinsichtlich der Speicherpflicht sei ungeklärt, ebenso wie Fragen des Zugriffs und der Verwendung der gespeicherten Daten. Bislang habe nur eine Minderheit der EU-Staaten, welche die Richtlinie bereits umsetzen, Belege dafür geliefert, dass die Speicherung tatsächlich der Sicherheit und der Strafverfolgung diene. All das ändert aus Sicht der Kommission allerdings nichts daran, dass Deutschland die Richtlinie in Gesetzesform

BVerfG, 1 BvR 256/08 vom 2.3.2010, Abs. 220.
Council of the European Union/Commission Services, Consultation on reform of Data Retention Directive, 18620/11, 15.12.2011, S. 8, online: http://quintessenz.at/doqs/000100011699/2011_12_15,Eu_Commission_data_retention_reform.pdf (11.1.2012).

fassen müsse: "Die Tatsache, dass die Kommission derzeit die Richtlinie überarbeitet, entlässt Deutschland und andere EU-Mitgliedstaaten keineswegs aus der Pflicht, die derzeit gültige Richtlinie korrekt umzusetzen." I

Eine Kernfrage aller Debatten um die Vorratsdatenspeicherung ist, ob sie auch den Zwecken der Urheberrechtsinhaber etwa aus Hollywood und der Musikbranche dienen würde, oder, wie es beispielsweise das Bundesverfassungsgericht anmahnt, nur zur Verfolgung schwerer Straftaten herangezogen werden soll. Hinter den Kulissen haben die Branchenverbände der Unterhaltungsindustrie stets massiv für die Speicherung lobbyiert, schließlich ist sie für ihre Bemühungen, Urheberrechtsverstöße im Internet bei einzelnen Privatnutzern zivil- oder strafrechtlich zu verfolgen, von zentraler Bedeutung. Den Branchenverbänden ist deshalb daran gelegen, dass die Vorratsdatenspeicherung einerseits möglichst flächendeckend umgesetzt und andererseits juristisch so ausgestaltet wird, dass sie auch Zugriff auf die Datenbestände haben. Auf diese Weise ertappte Nutzer könnten dann wegen Copyrightverstößen belangt oder etwa mit einer Zugangssperrung gemaßregelt werden.

Piraterie-Bekämpfung oder Zensur?

Das zweite Ziel der Branchenverbände sind Websites, die Urheberrechtsverstöße erst ermöglichen. Dem britischen Digital Economy Act zufolge hat ein Minister das Recht, in Abstimmung mit dem Lordkanzler und beiden Parlamentshäusern eine Website von den Providern blockieren zu lassen, wenn von dort aus in großem Stil Urheberrechte verletzt werden. Sowohl Bürgerrechtsorganisationen als auch große britische Internetprovider haben massive Bedenken gegen das Gesetz angemeldet. In den USA wurde jüngst über die Einführung eines Gesetzes mit ähnlicher Stoßrichtung debattiert: den Stop Online Piracy Act (SOPA). Dieser sollte sowohl dem US-Justizministerium als auch Urheberrechtsinhabern gestatten, Gerichtsbeschlüsse zu erwirken, die Online-Werbenetzwerken, Diensten zur Abwicklung von Geldtransaktionen und Internetprovidern untersagen würden, weiterhin mit bestimmten Websites zusammenzuarbeiten.

F Zit. nach: dpa, Innere Sicherheit: EU erinnert an "Pflicht" zur Vorratsdatenspeicherung, 29.12.2011.

Auch Suchmaschinen und Website-Registrare, die Internet-Adressen zur Verfügung stellen, wären betroffen. Die Rechteinhaber erhoffen sich dadurch ein effektives Vorgehen gegen Websites, deren Geschäftsmodell die Verletzung von Urheberrechten ist.

Das inzwischen vorläufig gestoppte Gesetzesvorhaben ist höchst umstritten: Nicht nur Bürgerrechtsorganisationen wie die Electronic Frontier Foundation, sondern auch Unternehmen wie Google, Yahoo, Facebook und Twitter sowie die hinter der Online-Enzyklopädie Wikipedia stehende Stiftung zählen zu den Gegnern. Die Kritiker führen eine ganze Reihe von Argumenten ins Feld, nicht zuletzt, dass der Gesetzestext so unscharf und allgemein formuliert sei, dass seine Verabschiedung unvorhersehbare Folgen haben und jahrzehntelange Rechtsstreitigkeiten nach sich ziehen könnte. Vint Cerf, der entscheidend an der Entwicklung des TCP/IP-Protokolls beteiligt war, warnte in einem offenen Brief an den für den Gesetzesvorschlag maßgeblich verantwortlichen US-Abgeordneten Lamar Smith vor einem "weltweiten Wettrüsten im Hinblick auf nie dagewesene ,Zensur' des Webs". 6 Die Gegner des Gesetzesvorhabens befürchten unter anderem, dass schon Aktivitäten wie das Hochladen eines Videos, das mit urheberrechtlich geschützter Musik unterlegt ist, als Straftat gedeutet werden könnten. Sie halten es außerdem für wahrscheinlich, dass totalitäre Staaten das Gesetz, sollte es eingeführt werden, als Begründung dafür heranziehen könnten, ihrerseits weitreichende Zensurgesetze zu verabschieden.

Motive und Interessen

Interessant ist im Zusammenhang mit den hier beschriebenen Debatten und Gesetzesvorhaben nicht zuletzt eines: Fast alle großen Vorstöße zu einer stärkeren Regulierung und Kontrolle des Internets gehen maßgeblich auf Initiativen der Branchenverbände der Film-, Musik- und Softwarebranche zurück. Die zentrale Motivation für neue Gesetze, mit denen teils grundlegende Eingriffe in die Struktur des Internets begründet werden sollen, ist nicht etwa der Kampf gegen die Verbreitung von Kinderpornografie, die Verfolgung

⁶ Der Brief vom 14.12.2011 online: http://news.cnet.com/8301-31921_3-57344028-281 (11.1.2012).

von Verbrechen wie Online-Betrug, Hacker-Angriffen oder Datendiebstählen, sondern in erster Linie der Schutz der Branchen, die mit der Vermarktung urheberrechtlich geschützten Materials Geld verdienen. Wie stark der Einfluss der Branchenverbände und ihrer Lobbyisten zu sein scheint, zeigt sich am Beispiel eines weiteren EU-Landes: Spanien.

Anfang 2011 veröffentlichte die Tageszeitung "El País" Auszüge eines Briefes, den der US-amerikanische Botschafter in Spanien, Alan Solomont, im Dezember 2010 an den damaligen Ministerpräsidenten José Luis Rodríguez Zapatero gerichtet hatte. Darin drohte er mehr oder weniger unverhohlen der spanischen Regierung und warf Zapatero vor, er blockiere das sogenannte Sinde-Gesetz. Dieses sieht Ahnliches vor wie der Stop Online Piracy Act in den USA und der Digital Economy Act in Großbritannien: Eine neu zu gründende Behörde soll die Befugnis bekommen, Internetprovider dazu zu zwingen, Websites zu blockieren, die angeblich mit der Verbreitung urheberrechtlich geschützten Materials in Verbindung gebracht werden können. Tatsächlich hatte Zapatero kurz zuvor die Umsetzung des Gesetzes blockiert. Das jedoch hatte nicht zuletzt etwas mit der Veröffentlichung von Depeschen des US-Botschafters ans heimische Außenministerium zu tun, welche die Enthüllungsplattform Wikileaks verfügbar gemacht hatte. In einer von Wikileaks und "El País" veröffentlichten Botschaft aus dem Februar 2008 heißt es etwa, die USA müssten der Regierung Spaniens klarmachen, dass das Land auf einer Beobachtungsliste der US-Regierung landen werde, sollte es nicht "bis spätestens Oktober 2008" bestimmten Wünschen nachkommen. Dazu gehörte "eine Ankündigung, dass die spanische Regierung bis zum Sommer 2009 Maßnahmen nach dem Vorbild der französischen oder britischen Vorschläge zur Bekämpfung von Internetpiraterie umsetzen werde".

Offenbar als Reaktion auf die Einflussnahme der USA entwarf die damalige Kulturministerin Ángeles González-Sinde das nach ihr benannte Gesetz. Als aber durch die Wikileaks-Veröffentlichung die Einflussnahme der

USA auf spanische Gesetzgebung bekannt wurde, was öffentliche Empörung zur Folge hatte, wendete sich das Blatt. Schließlich beschloss das Parlament, sich nicht mehr länger mit dem Gesetz zu befassen. Die Abkehr wiederum zog nun offenbar den Brief von Solomont an Zapatero nach sich. Darin erinnerte der US-Diplomat daran, dass Spanien mittlerweile auf der sogenannten Liste 301 stünde, einer Liste mit Ländern, die nach US-Auffassung nicht genug für den Schutz geistigen Eigentums tun. Spanien riskiere, weiter abzurutschen und gar auf die schwarze Liste der schlimmsten Sünder in diesem Bereich zu kommen. "El País" zufolge kann eine solche Einstufung für das betroffene Land ernsthafte wirtschaftliche Konsequenzen haben. Auf der schwarzen Liste für das Jahr 2011 stehen etwa China, Indien, Russland und Indonesien, aber auch Kanada und Israel. Die im November 2011 ins Amt gekommene spanische Regierung von Ministerpräsident Mariano Rajoy setzte das Sinde-Gesetz Anfang 2012 letztlich doch um. Die US-Regierung honorierte das umgehend, im "2011 Special Report" wird die Umsetzung "begrüßt". 18 Spanien bleibt aber vorerst auf der Beobachtungsliste, das US-Handelsministerium mahnt weitere Maßnahmen an. Unter anderem wünschen die USA, dass Copyrightverstöße künftig als Straftaten geahndet werden.

Neue Lücken durch neue Gesetze?

Ironischerweise könnten Gesetze wie der Stop Online Piracy Act und seine internationalen Geschwister diversen Experten zufolge ausgerechnet ein System unterminieren, das eingeführt werden soll, um ein anderes Versäumnis aus der unschuldig-vertrauensseligen Frühzeit des Internets zu korrigieren. Denn die geplanten aber bereits umgesetzten Gesetze zur Blockade von Websites, egal ob in den USA, Spanien oder Großbritannien, haben eines gemeinsam: Sie kommen kaum ohne eine Manipulation des Domain Name Systems (DNS) des World Wide Web aus.

Das DNS verknüpft über sogenannte DNS-Server Internet-Adressen mit den eigentlichen, numerischen Adressen des Internets, im Fal-

Office of the United States Trade Representative, 2011 Special Report, April 2011, S. 39, online: www. ustr.gov/webfm_send/2841 (11.1.2012).

[√] Zit. aus der "geleakten" Depesche online: www. elpais.com/articulo/espana/Cable/presiones/Espana/ combata/pirateria/elpepicul/20101203elpepunac_46/ Tes (11.1.2012).

le von "spiegel.de" beispielsweise 195.71.11.67. Wer einen DNS-Server kontrolliert, kann diese Verknüpfungen verändern: Ein ahnungsloser Internetnutzer könnte etwa mittels Viren eingeschleuster Schadsoftware (etwa "DNSChanger") auf eine von Kriminellen programmierte Seite umgelenkt werden, die der seiner Bank aufs Haar gleicht und augenscheinlich auch dieselbe Adresse hat, die jedoch eine Fälschung ist, deren Zweck einzig darin besteht, seine Bankdaten und die zugehörigen Sicherheitscodes zu entwenden. Diese Art von Angriff ist möglich und in der Vergangenheit schon im großen Stil eingesetzt worden. Durch ein neu aufgesetztes System (DNSSEC, Domain Name System Security Extensions) sollen derartige "Umleitungen" nun verhindert werden: Websites würden sich dann mit zusätzlichen Sicherheitszertifikaten gegenüber den Rechnern ihrer Nutzer als echt ausweisen. Gefälschte Seiten könnten die entsprechenden Zertifikate nicht vorweisen und würden vom Browser als Fälschungen identifiziert. Doch eben diese Versicherung würde Experten zufolge von den in den Gesetzen vorgesehenen Filtermechanismen ausgehebelt.

Schon im Mai 2011 veröffentlichten fünf renommierte Internetsicherheitsforscher ein Papier, in dem sie warnten, die DNS-Filter würden "sehr ernste technische und Sicherheitsbedenken mit sich bringen".1° Nach einer gewaltigen Welle des Internet-Protests, angeführt von Wikipedia und Google, wandten sich im Januar 2012 plötzlich reihenweise ursprüngliche Unterstützer im US-Kongress vom Stop Online Piracy Act sowie einem weiteren umstrittenen Gesetzesentwurf, dem Protect IP Act (PIPA), ab. Derzeit liegen beide Vorhaben vorläufig auf Eis.

Jonathan Zittrains eingangs zitierte Beobachtung, dass im Internet Entscheidungen, die zunächst aus rein technischen Gründen getroffen werden, "große Implikationen für soziale Interaktion und Regulierung haben können", gilt auch in umgekehrter Richtung: Regulierungsentscheidungen können weitreichende Folgen in Bezug auf technische Gegebenheiten und die Sicherheit des Internets haben.

P Steve Crocker et al., Security and Other Technical Concerns Raised by the DNS Filtering Requirements in the PROTECT IP Bill, Mai 2011, S. 3, online: www.circleid.com/pdf/PROTECT-IP-Technical-Whitepaper-Final.pdf (11.1.2012).

Daniel Roleff

Digitale Politik und Partizipation: Möglichkeiten und Grenzen

Vor etwa zehn Jahren befand sich der Londoner Bezirk Redbridge in einem Dilemma. Zum einen war die Kommune durch ge-

setzliche Vorgaben dazu gezwungen, bestimmte Investitionen in die lokale Infrastruktur zu tätigen, insbesondere in die Bildungseinrichtungen. Allerdings litt der Bezirk wie die meisten britischen Kommunalverwaltungen unter chronischer Un-

Daniel Roleff

M. A., geb. 1976; Politikwissenschaftler, Mitbegründer und Gesellschafter der Agentur buero fuer neues denken, Prenzlauer Allee 217, 10405 Berlin. roleff@bfnd.de

terfinanzierung. Zum anderen scheute sich die konservative Führung aber vor einseitig verordneten Steuer- und Gebührenerhöhungen, da dies den seit den 1980er Jahren stetigen Abwärtstrend der Partei in Redbridge weiter befeuert hätte. Roger Hampson, der oberste Verwaltungsbeamte des Bezirks, initiierte daraufhin 2008 das Projekt "Redbridge Conversation", eine Mischung aus Bürgerhaushalt und Wirtschaftssimulation. Ziel war es, die Bürgerinnen und Bürger Einsparvorschläge formulieren zu lassen und somit bei der Gestaltung der Investitions- und Sparmaßnahmen einzubinden. Die Beteiligung am Konsultationsverfahren war online wie auch offline möglich, die Mehrheit der Teilnehmenden allerdings übermittelte ihre Vorschläge über das Internet. Die Ergebnisse der Befragung lieferten der Verwaltung eine eindeutige Handlungsempfehlung: lieber Grundstücksverkäufe statt Steuererhöhung, eher bessere Schulausstattung statt sozialem Wohnungsbau.

Ähnlich wie in Redbridge gibt es seit der Jahrtausendwende auch in Deutschland einen Trend zu mehr Bürgerbeteiligung über das Internet. In gut 94 Kommunen werden mittlerweile Bürgerhaushalte organisiert oder sind zumindest angedacht. Auch der Bund und

die Länder greifen in ihren Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen vermehrt auf digitale Kanäle zurück, sei es zu Kommunikations-, Verwaltungs- oder Konsultationszwecken. Umgekehrt finden auch immer mehr politisch interessierte und engagierte Bürger, Vereine und Initiativen den Weg ins Netz, um ihre Meinung zu äußern, für politische Anliegen zu streiten oder Entscheidungen zu beeinflussen. Es etabliert sich eine digitale Bürger-Staat-Beziehung: die "E(lektronische)-Demokratie".

Teilweise teilhaben

Staat und Bürger nutzen das Netz in wachsendem Maße aus einem einfachen Grund: Weil es möglich ist. Die fortschreitende Digitalisierung der Gesellschaft führt zu Veränderungen der Teilhabemöglichkeiten und zu einem neuen Selbstverständnis im Kommunikations- und Interaktionsverhalten. War die Ursprungsform des Internets, das sogenannte Arpanet (Advanced Research Projects Agency Network), nur mit komplizierten Kommandozeilen bedienbar, sind die heutigen Instrumente der Interaktion für die Allgemeinheit viel leichter nutzbar. Ehemalige mediale gatekeeper, seien es staatliche oder private Stellen, haben nur noch beschränkte Zugangs- und Verbreitungskontrolle über Inhalte oder Angebote, und auch das nicht, ohne grundlegende rechtsstaatliche Fragen aufzuwerfen. Programmier- und IT-Kenntnisse verbreiten sich in der Bevölkerung immer weiter und werden in vielen Berufsbereichen als selbstverständliche Basisqualifikationen vorausgesetzt. Technische Infrastruktur ist finanziell erschwinglich, bequem erreichbar und innerhalb von Minuten einzurichten. Und dieses Angebot wird auch angenommen. Laut dem (N)Onliner Atlas 2011 sind drei Viertel der Deutschen regelmäßig online, Tendenz steigend. Fast jede Stadt oder Kommune sowie jedes Landesund Bundesministerium verfügen mittlerweile über eigene Portal- und Serviceseiten.

Diese Tendenz kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass in Bezug auf die digitale Teilhabe auch in Deutschland noch infrastrukturelle und sozial-gesellschaftliche

I^I Vgl. Initiative D21/TNS Infratest (Hrsg.), (N)Onliner Atlas 2011. Eine Topographie des digitalen Grabens durch Deutschland, Juli 2011, online: www.nonliner-atlas.de (4.1.2012).

Ungleichheiten existieren. Ein immer wiederkehrender Begriff in der Diskussion um den gleichberechtigten Zugang zum Internet ist der digital divide, die digitale Spaltung bzw. Kluft. Die klassische Definition der digitalen Spaltung beschreibt den Unterschied zwischen den "Onlinern" und den "Offlinern", also zwischen jenen, die Zugang zum Internet haben, und jenen, die über keinen Zugang verfügen. Diese Kluft ist in Deutschland relativ klein und nur in einer differenzierten Betrachtung von Breitbandverfügbarkeit in den Städten und in ländlichen Regionen messbar. Dem Breitbandatlas 2011 zufolge haben 98,7 Prozent der deutschen Haushalte die Möglichkeit, mit einem Internetanschluss mit einer Datenübertragungsrate von mindestens einem Megabit pro Sekunde (Mbit/s) versorgt zu werden. Dabei sind die Städte in Deutschland (99,9 Prozent Breitbandausbau) nahezu komplett digital erschlossen, in den ländlichen Regionen (88,6 Prozent) finden sich noch vereinzelte weiße Flecken. Die östlichen Bundesländer (außer Berlin) sind dabei im Vergleich schlechter versorgt als die westlichen.**!**2

Anders verhält es sich bei der Versorgung der Haushalte mit Internetanschlüssen jenseits der Grundversorgung von einem Mbit/s. Hier fällt der Unterschied zwischen Internetnutzern mit langsamem und Nutzern mit schnellem Breitbandzugang sehr viel größer aus. Rund 85 Prozent der deutschen Haushalte könnten mit einem Anschluss von sechs Mbit/s ausgestattet werden, 69 Prozent mit 16 Mbit/s und 41 Prozent mit der neuen VDSL-Technologie, die eine Downloadgeschwindigkeit bis zu 50 Mbit/s bietet. Die Ost-West-Spaltung bzw. der Unterschied von ländlichen und städtischen Gebieten ist in diesen Breitbandkategorien sehr auffällig. Die digitale Kluft bei der Versorgungsgeschwindigkeit wirkt sich besonders für die Nutzung von sogenannten Web-2.0-Angeboten aus, da dort teilweise große Datenmengen übertragen werden. Zum Beispiel ist der Livestream einer Bundestagssitzung für einen Hamburger sehr viel leichter zu empfangen als für einen Haushalt im brandenburgischen Landkreis Uckermark.

Ygl. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Breitbandatlas 2011, online: www.zukunftbreitband.de/BBA/Navigation/breitbandatlas.html (4.1.2012).

Die Politik hat dieses Problem erkannt und versucht mit verschiedenen Ansätzen, die infrastrukturelle Kluft bei der Internetversorgung zu schließen. Neben der Breitbandinitiative des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie gibt es auch in vielen Bundesländern die Absicht zur Breitbandförderung wie etwa den Breitband-Masterplan in Nordrhein-Westfalen. Die Handlungsspielräume von Bund, Ländern und Kommunen sind dabei allerdings beschränkt, da der Telekommunikationssektor privatisiert ist und der Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur dem Markt überlassen wird. Politische Unterstützung beim Breitbandausbau beschränkt sich daher meist auf finanzielle Förderung und strategische Kooperationsvereinbarungen.

Neben der infrastrukturellen Kluft lassen sich jedoch auch sozial-gesellschaftliche Unterschiede bei der Internetnutzung belegen. Laut (N)Onliner-Atlas nutzen Männer das Netz häufiger als Frauen, Jüngere öfter als Ältere, Westdeutsche mehr als Ostdeutsche, Menschen mit formal hohem Bildungsgrad intensiver als Menschen mit formal einfachem Bildungsgrad, Reiche eher als Arme. Gerade bei Alter, Bildung und Einkommen ist der Graben zwischen "Onlinern" und "Offlinern" sehr groß.

Eine der Hauptursachen für den digital divide zwischen den Generationen ist sicherlich die Geschwindigkeit des technologischen Fortschritts. Das Internet in seiner massentauglichen Präsentationsform gibt es seit Anfang der 1990er Jahre, ähnliches gilt für das Mobilfunknetz. Das bedeutet, dass viele der Menschen, die bis zum Jahr 2000 aus dem Beruf ausgeschieden sind, kaum oder gar nicht mit diesen neuen Kommunikationsmedien in Berührung gekommen sind. Eine ähnliche Schere lässt sich beobachten, wenn man die Internetnutzer nach ihrem Bildungsgrad und Einkommen differenziert. Der Anteil der "Onliner" bei Bevölkerungsgruppen mit Abitur liegt bei rund 90 Prozent, der Anteil bei Befragten mit Volksschulabschluss bei 51 Prozent. Die Nutzung des Internets scheint auch eine Kostenfrage zu sein: Haushalte mit mehr als 3000 Euro Monatseinkommen nutzen zu 92 Prozent das Internet, bei Haushalten unter 1000 Euro Monatseinkommen liegt die Nutzungsrate bei 53 Prozent. 13

³ Vgl. (N)Onliner Atlas (Anm. 1).

Die Implikationen dieser infrastrukturellen und sozial-gesellschaftlichen Unterschiede in der Internetnutzung sind nicht trivial. Auf der einen Seite steht der Prozess der Demokratisierung von "politischen Produktions- und Aktionsmitteln" und die teilweise Digitalisierung der Staat-Bürger-Beziehungen. Auf der anderen Seite ist das Internet eben doch kein eindeutiges Massenmedium, sondern spricht tendenziell einige Zielgruppen mehr an als andere. Regieren und Verwalten im und über das Internet ermöglicht in vielen Punkten eine erweiterte demokratische Teilhabe, aber eben nicht für alle Bürger in gleichem Maße. E-Demokratie ist insofern nicht nur elektronisch, sondern in gewisser Weise auch exklusiv.

Das große E

Mit der fortschreitenden Digitalisierung der Bürger-Staat-Beziehungen wurde auch der Diskurs über diese Entwicklung mit neuen Begriffen angereichert. Die prominentesten dieser Wortneuschöpfungen sind "E-Demokratie", "E-Government" und "E-Partizipation", die allesamt eng miteinander verknüpft sind und in den Debatten über digitale Politik manchmal fälschlicherweise synonym verwendet werden. Dabei entspricht die Beziehung zwischen E-Demokratie auf der einen sowie E-Government und E-Partizipation auf der anderen Seite derselben hierarchischen Abstufung wie auch Demokratie, Regierung und Bürgerbeteiligung in der "analogen" Welt: E-Demokratie spiegelt einen Ausschnitt von demokratischen Prozessen und Strukturen zwischen Bürger und Staat im Internet wider. E-Government dagegen bildet eine Unterkategorie der elektronischen Demokratie, nämlich "die elektronische Abwicklung der Geschäftsprozesse von Verwaltung und Regierung", I was auch die sogenannte E-Administration (elektronische Verwaltung) einschließt. E-Partizipation schließlich bildet die zweite Unterkategorie der E-Demokratie, allerdings ist diese weniger in Gesetzesbüchern als im wissenschaftlichen Diskurs konstituiert.

I* Bernd W. Wirtz/Sebastian Lütje/Paul G. Schierz, Electronic Procurement in der öffentlichen Verwaltung: Eine Analyse der Barrieren und Widerstände, Speyer 2008, S. 15.

Regieren von oben

In der Demokratieforschung werden gewöhnlich drei essenzielle Grundpfeiler für eine nachhaltige und stabile demokratische Staatsform unterschieden: Transparenz, Legitimation und Partizipation. Angewandt auf die E-Demokratie in Deutschland sind die Herstellung von Offenheit von Regierungshandeln (Transparenz) und die Beteiligung von Bürgern (Partizipation) in der Praxis die beiden relevantesten Handlungsfelder. E-Voting, das heißt die elektronische Umsetzung von freien und geheimen Wahlen (Legitimation), spielt dagegen weder im netzpolitischen Diskurs noch in der Anwendung eine bedeutende Rolle. Die technischen Unsicherheiten und die Manipulationsanfälligkeit von Wahlcomputern wurden nicht zuletzt 2009 vom Bundesverfassungsgericht bemängelt.

Die E-Demokratie bildet eine Ergänzung und Erweiterung der Bürger-Staat-Beziehungen auf digitaler Ebene. Und ähnlich wie in der Offline-Welt gibt es auch beim E-Government und der E-Partizipation die gleichen Transferrichtungen: Bürgerinnen und Bürger engagieren sich "von unten" (bottom up), der Staat agiert "von oben" (top down).

Partizipation von unten

Die überwiegende Mehrheit der bottom-up-Bewegungen im Internet lassen sich entweder als Partizipationsplattformen oder Transparenzinitiativen einordnen. Partizipationsformate reichen von Kampagnenplattformen über Online-Petitionen bis hin zum Internet-Ratgeber. Die Initiatoren sind dabei sowohl einzelne Bürgerinnen und Bürger als auch Nichtregierungsorganisationen.

Transparenzinitiativen untersuchen häufig Abstimmungsverhalten, Spendenpraktiken oder Anwesenheitszeiten der Abgeordneten im Parlament. Mehr Transparenz fördert mehr Demokratie – so zumindest die Annahme der Initiatoren. Sie durchleuchten oder hinterfragen die parlamentarische Arbeit von Politikern, etwa auf dem Portal "abgeordnetenwatch.de". Die Quellen, aus denen sich viele Transparenzportale speisen, sind öffentlich zugängliche Daten, ihre Werkzeuge sind oft visuelle Applikationen, welche die Fülle von Informationen verdichten und über eine grafische Ausgabe einen niedrigschwelligen Zugang zu komplexen Prozessstrukturen bieten.

Das E-Government teilt sich hauptsächlich in zwei große Bereiche: die elektronische Verwaltung und die digitale Konsultation. Die Digitalisierung von Geschäftsprozessen in der Verwaltung soll administrative Prozesse vereinfachen und den Bürgern mehr Service bieten. Ferner soll die Verbesserung der Zusammenarbeit verschiedener Verwaltungsstellen untereinander mit Hilfe der elektronischen Medien Kosten einsparen.

Noch gibt es keine aussagekräftigen und fundierten Studien, die diese Ansprüche bestätigen. Allerdings ist es Fakt, dass der Bürgerservice im Internet seit Ende der 1990er Jahre stetig ausgeweitet wurde, entscheidend gefördert durch die von 1999 bis 2003 laufende Initiative "Media@Komm" der Bundesregierung. Formulare erhalten, Termine vereinbaren, Informationen einholen: Teile der klassischen Dienstleistungen von deutschen Amtsstuben gehören mittlerweile zum Standardrepertoire von Kommunal- und Städteportalen im Internet. Und auch die Fortschritte im Bereich der elektronischen Zertifizierung und Signatur lassen theoretisch immer umfangreichere rechtsverbindliche Verwaltungsakte über das Netz zu. Dort sind die Vorbehalte allerdings auf Seiten der Anbieter wie auch der "Kunden" noch relativ hoch, da zeitgleich mit der Ausweitung der digitalen Möglichkeiten auch die Missbrauchsmöglichkeiten steigen. Die Kriminalstatistik bestätigt die Skeptiker: Für das Jahr 2010 weist sie einen enormen Anstieg der sogenannten Internetkriminalität aus, besonders im Bereich Daten- und Identitätsklau.

Während die Digitalisierung der Verwaltung als Pflichtprogramm angesehen werden kann, haben sich im Bereich des E-Governments einige konsultative und "kollaborative" Formate zu einer Art Kür entwickelt, die mittlerweile von immer mehr staatlichen und privaten Akteuren angenommen werden. Dazu gehört insbesondere die Einführung der bereits erwähnten Beteiligungshaushalte, bei denen Bürger über Teile der Haushaltsmittel mitentscheiden können. Weitere Beispiele sind interaktive Bauleitplanungen oder themenbezogene Internetdiskurse, wie zum Beispiel die von der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestags "Internet und digitale Gesellschaft" eingesetzte Diskussionssoftware "Adhocracy", durch welche sich Bürgerinnen und Bürger direkt in die Kommissionsarbeit einbringen können.

Der Sinn solcher Bürgerkonsultationen dient zum einen der Erweiterung des Sichtfeldes bei politischen Fragen: Durch die Einbeziehung einer größerer Anzahl von Akteuren vergrößert sich die zur Verfügung stehende Informationsmasse und Ideenvielfalt. Zum anderen stärkt der vorangestellte Bürgerdialog auch die Legitimation von politischen Entscheidungen, insbesondere von so unpopulären wie zum Beispiel Sparmaßnahmen. Ein Vorwurf, dem sich viele solcher Konsultationsformate ausgesetzt sehen, ist die fehlende Verbindlichkeit von Ergebnissen am Ende des Prozesses. Wozu soll ein Dialog geführt werden, wenn er nicht in konkreten Resultaten mündet? Einige Studien argumentieren dagegen, dass Rechtsverbindlichkeit bei konsultativen Partizipationsprozessen weder ein Erfolgs- noch Misserfolgsfaktor ist. 5

Open Government – eine neue Staatskunst?

Die neue Art des "kollaborativen" und offenen Regierens, die eng mit der Kommunikation über digitale Kanäle verknüpft ist, wird oftmals auch als Open Government beschrieben. Dieser Sammelbegriff steht für eine ganze Reihe unterschiedlicher Konzepte und Visionen, die sich mit bestimmten Facetten einer Öffnung von Staat und Verwaltung auseinandersetzen. Unter Schlagworten wie "Transparenz 2.0", "Partizipation 2.0" oder "Kollaboration 2.0" sind damit unter anderem Überlegungen zu freien Daten, offenen Standards, offenen Schnittstellen, quelloffener Software und offenen Kommunikationssystemen verbunden.16

Die Bundesregierung ist auf diesem Gebiet bereits aktiv. Das Bundesministerium des

Vgl. Jörn von Lucke, Open Government. Öffnung von Staat und Verwaltung, Gutachten für die Deutsche Telekom AG zur T-City Friedrichshafen, Version vom 9.5.2010, online: www.zeppelinuniversity.de/deutsch/lehrstuehle/ticc/JvL-100509-Open_Government-V2.pdf (4.1.2012). Innern (BMI) zum Beispiel arbeitet bereits an einer Open-Government-Plattform. Der IT-Planungsrat beschäftigt sich seit geraumer Zeit mit dem Thema, und das Finanzressort arbeitet an einer Plattform für einen "offenen Haushalt", eine niedrigschwellige und grafisch leicht zugängliche Darstellung des Bundeshaushalts. Auch das Regierungsprogramm "Vernetzte und transparente Verwaltung" beinhaltet Open Government als Mittel zur Verwaltungsmodernisierung. Zurzeit sind die treibenden Kräfte dieser Bewegung oftmals noch außerhalb der Regierung und den Verwaltungen zu finden, es ist auf diesem Gebiet aber eine steigende Tendenz von öffentlich-privaten Kooperationen erkennbar.

Eine solche Änderung vom "klassischen" Regieren hin zu einer neuen, offenen Staatskunst bedeutet nicht nur die reine Implementation von Portalen und Software, sondern auch einen Kulturwechsel, insbesondere auf höchster politischer Ebene. Als positive Beispiele werden in diesem Zusammenhang oft US-Präsident Barack Obama und der frühere britische Ministerpräsident Gordon Brown genannt, die durch klare Direktiven ihren jeweiligen Regierungen und Verwaltungen eine Open-Government-Strategie verschrieben, in der Verantwortung, Rechenschaft und die zu liefernden Leistungen definiert sind.

Offene Staatskunst mit offenen Daten

Die Debatte um die Offenlegung von öffentlichen Datenbeständen im Internet hat in den vergangenen Jahren stark an Fahrt aufgenommen. Im Kern geht es bei der Diskussion darum, inwiefern die von öffentlichen Stellen erhobenen Daten allgemein zugänglich gemacht werden sollen. Die Befürworter von offenen Daten argumentieren, dass die von Verwaltung und Politik generierten Datenbestände eine bislang kaum erschlossene Wissensressource darstellen. Die strukturierte Veröffentlichung von Informationen aus Bereichen wie Verbraucherschutz, Umwelt, Verkehr oder Gesundheit seien ebenso wie politische Datensammlungen die Grundlage für innovative Angebote und Dienstleistungen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Politisch wird zudem oft mit der Bedeutung von Transparenz argumentiert: Nur aufgeklärte und wissende Bürger könnten ernsthaft an demokratischen Prozessen teilhaben. Wer zum Beispiel wisse, wohin Steuergelder fließen oder wie Subventionen genau verteilt werden, sei auch in der Lage, diese Prozesse kritisch und konstruktiv zu begleiten.

Häufige Gegenargumente der Verwaltung, Daten nicht freizugeben, sind die Mehrkosten und die Vertraulichkeit von einigen Datenbeständen. Besonders das Kostenargument hat dabei Gewicht. Denn damit offene Daten überhaupt genutzt werden können, müssen sie in maschinenlesbaren Formaten vorliegen. Der Bundestag zum Beispiel veröffentlicht die meisten seiner Daten als Drucksache im Portable Document Format (PDF), ein Format, das nur schwer bis gar nicht von Computern ausgelesen werden kann. Eine Umstellung bei der Bereitstellung von Daten ist mit Mehrkosten verbunden, die größtenteils aus den laufenden Haushalten bestritten werden müssten, das heißt, für die de facto kein Geld übrig ist.

Dennoch wächst auch hier die Bereitschaft auf Seiten der Politik und der Verwaltung, sich dem Thema zu öffnen. So unterstützt das BMI einen Open-Data-Wettbewerb ("Apps für Deutschland") und arbeitet an einer Open-Data-Plattform, die auf Open-Data-Angebote in Bund, Ländern und Gemeinden verlinkt. Vorbilder sind auch hier die USA und Großbritannien, die mit "data.gov" bzw. "data.gov.uk" solche Plattformen bereits realisiert haben.

Netzpolitik – eine neue Politik

Netzpolitik beschreibt im Kern ein Politikfeld um netzkulturelle Fragen und gehört zu den neuesten Ressorts, die in Politik und Verwaltung als solches wahrgenommen werden. Sowohl die öffentlichen Stellen wie auch die Parteien haben sich in der Vergangenheit schwergetan, sich ernsthaft und nachhaltig mit diesem Gesamtkomplex auseinanderzusetzen. Dies liegt hauptsächlich daran, dass Netzpolitik ein Querschnittressort ist, das in jedem bereits seit langem etablierten Politikfeld in irgendeiner Form seine Anwendung findet. Das Internet ist für einige Referate im Bundeswirtschaftsministerium genauso von Bedeutung wie für das BMI oder das Bundesministerium der Justiz - jedoch immer mit einem anderen Fokus. Denn die Politik kann sich mit dem *Internet an sich* auseinandersetzen (seiner Architektur, seiner Steuerung, Standardisierungsfragen) oder aber auch Problemfragen behandeln, die mit der verstärkten *Nutzung des Internets* auftreten (Jugendschutz, Datenschutz, Urheber- und Verwertungsrechte, Persönlichkeitsrechte). Standen diese beiden Themenkomplexe schon seit längerem bei Politik und Verwaltung auf der Tagesordnung, ist ein dritter Aspekt – *Politik durch das Netz* – erst seit ein paar Jahren in den Vordergrund gerückt.

Einen großen Schub hat das Thema in Deutschland seit der Bundestagswahl 2009 erfahren. Bereits der Wahlkampf stand ganz im Zeichen des Internets, geprägt auch durch die digitale Wahlschlacht zwischen Nicolas Sarkozy und Marie-Ségolène Royal um das französische Präsidentenamt 2007 sowie den erfolgreichen Online-Präsidentschaftswahlkampf von Barack Obama 2008. Thematisch wurde der Wahlkampf in Deutschland wie auch der Start der schwarz-gelben Koalition nach der Wahl maßgeblich von der Diskussion um das Zugangserschwerungsgesetz ("Gesetz zur Erschwerung des Zugang zu kinderpornographischen Inhalten in Kommunikationsnetzen") begleitet. Diese rief eine bisher beispiellose Aktivität von Gegnern und Befürwortern sowohl im als auch außerhalb des Internets hervor. Die Spiegelung dieses Themas in klassischen Leitmedien trug dazu bei, den Begriff "Netzpolitik" in weiten Kreisen der Bevölkerung zu verankern. Schließlich fand das Politikfeld auch institutionell nach der Wahl 2009 einen Rahmen, sowohl durch die Einsetzung der Internet-Enquête wie auch durch die erstmalige Benennung von netzpolitischen Sprechern der Bundestagsfraktionen.

In den vergangenen drei Jahren haben die im Bundestag vertretenen Parteien auch begonnen, spezielle netzpolitische Grundsatzpapiere oder -positionen zu formulieren. Viel Beachtung gefunden hat zum Beispiel das Positionspapier des CSU-Netzrates vom Januar 2011. Port werden die Themen E-Government, Open Government, Open Data und Transparenz als große Chancen für die Weiterentwicklung der Demokratie beschrieben.

Vgl. online: www.csu.de/dateien/partei/dokumente/110131_positionspapier_netzrat.pdf (4.1.2012).

Für Bündnis 90/Die Grünen sind viele Ziele des Open-Government-Grundsatzes ureigene Parteimerkmale – insbesondere die basisdemokratische Ausprägung der digitalen Teilhabe –, die in mehreren Fraktionsbeschlüssen noch einmal betont wurden. Auch die FDP hat in ihrem Deutschlandprogramm von 2009 den Anspruch formuliert, dass sie durch mehr Transparenz und mehr Beteiligungsmöglichkeiten die Bürger an der Gestaltung des Gemeinwesens mitwirken lassen möchte. I8

Digital entert Politik

Ein besonderes Phänomen der erweiterten netzpolitischen Debatte der vergangenen Jahre ist die Entstehung und die Etablierung einer "Internet-Partei", der Piratenpartei. IP Ihr Hauptanliegen ist die informationelle Selbstbestimmung; ihren inhaltlichen Fokus legt sie dabei auf digitale Kommunikationstechniken. Neben einigen Achtungserfolgen bei Wahlen auf bundes-, landes- und kommunaler Ebene – unter anderem ist die Piratenpartei seit Oktober 2011 im Berliner Abgeordnetenhaus vertreten – fand auch ein neues, von den Piraten vertretenes und praktiziertes Demokratiekonzept viel Beachtung: *liquid democracy*.

In der Essenz handelt es sich bei diesem Konzept um eine Mischform von repräsentativer und direkter Demokratie. In der klassischen repräsentativen Demokratie wird ein Delegierter für eine bestimmte Zeitspanne gewählt und trifft alle Entscheidungen im Parlament stellvertretend für die Wähler. Die Idee von *liquid democracy* ist es, dieses System etwas flexibler zu gestalten und die eigene Stimme ständig "im Fluss" zu halten, das heißt, von Fall zu Fall zu entscheiden, wann man seine Stimme an jemand anderen delegieren will und wann man lieber selbst abstimmen möchte. Anwendung findet diese Form von Entscheidungsfindung in verschiedenen Softwarelösungen. Von der Piratenpartei wird die Anwendung "Liquid Feedback" genutzt, um über das Netz zu innerparteilichen Entscheidungen zu gelangen.

Vgl. online: www.fdp.de/files/565/Deutschland-programm09_Endfassung.pdf (4.1.2012).

Eine weitere, bereits erwähnte Anwendung ist "Adhocracy", die nicht nur von der Internet-Enquête, sondern auch von der SPD oder der Linkspartei genutzt wird.

E-valuierung

Die fortschreitende Ausweitung der Bürger-Staat-Beziehungen auf den digitalen Raum ist weder ein Allheilmittel gegen Politikverdrossenheit, wie von vielen Befürwortern suggeriert wird, noch ein Angriff auf die Demokratie, wie manche befürchten. Im kleinsten gemeinsamen Nenner ist es eine logische Entwicklung, gefördert durch die neuen technischen Möglichkeiten und einem damit einhergehenden demokratischen Selbstverständnis in Deutschland. Regieren und Verwalten bedeutet nicht mehr nur noch Gesetzgebung und Amtsstube, sondern auch Bürgerhaushalt und Formular-Download. Gleichfalls bedeutet demokratische Staatsbürgerschaft nicht mehr nur Wählen und Demonstrieren, sondern auch voten und posten. Demokratie wird ergänzt durch E-Demokratie, Regieren durch E-Government, Bürgerbeteiligung durch E-Partizipation.

In der empirischen Bewertung ist die digitale Politik jedoch noch weit entfernt vom Champion-Status. Die eingangs genannte "Redbridge Conversation" 2008 konnte zum Beispiel nur 3900 Bürgerinnen und Bürger dazu bewegen, ihre Vorschläge für den Bürgerhaushalt einzureichen - gemessen an der Gesamteinwohnerzahl von knapp 271000 ein verschwindend geringer Prozentsatz. Und so ist es auch nicht verwunderlich, dass die mehrheitlich geforderten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung bis heute nicht von den lokalen Behörden umgesetzt worden sind. Andererseits gibt es einen generellen Konsens darüber, dass sich Politik und Bürger immer häufiger in der digitalen Polis gegenüberstehen werden. Die Erfahrungen von Redbridge 2010 sind gerade ausgewertet worden, die Vorbereitungen für die nächste Runde laufen bereits.

Vgl. den Beitrag von Christoph Bieber in dieser Ausgabe.

Karl-Rudolf Korte

Beschleunigte Demokratie: Entscheidungsstress als Regelfall

Zeit ist eine Chiffre der Freiheit. Das Kennzeichen einer digital beschleunigten Demokratie ist jedoch Zeitarmut. Spitzenak-

Karl-Rudolf Korte

Dr. rer. pol. habil., Dr. phil, geb. 1958; Professor für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen und Direktor der NRW School of Governance, Lotharstraße 53, 47057 Duisburg. krkorte@uni-duisburg-essen.de teure müssen zunehmend in Echtzeit handeln. Exekutives und legislatives Politikmanagement haben sich extrem dynamisiert, ohne strukturell über adäquate zusätzliche Ressourcen zu verfügen. Die repräsentative parlamentarische

Demokratie aber ist tendenziell entschleunigt getaktet. Parlamente sollen durch sorgfältige Beratung nach drei Lesungen zu einem Ergebnis kommen. Doch beschleunigte Adhoc-Entscheidungen werden immer häufiger notwendig oder eingefordert – über populäre direkte und demoskopiegetriebene Verfahren ebenso wie mit Online-Abstimmungen und "Gefällt-mir"-Klicks, welche die Politik zunehmend antreiben. So dominiert mittlerweile das dezisionistische Prinzip, das primär das schnelle Entscheiden, das Regieren im Minutentakt zum Ziel hat. Digitale Formate sind dabei die neuen Taktgeber.

Auf die Zeitkrise des Politischen – entschleunigte Beratung auf der einen Seite und beschleunigte Entscheidung auf der anderen – muss Politik reagieren. Nur wer Zeit für Entscheidungen hat, kann über Optionen nachdenken. Zeitknappheit ist nicht nur ein schlechter Ratgeber, vielmehr leidet durch Rasanz in der Regel auch die Qualität der Entscheidungsfindung. Dies gilt im Hinblick auf fehlende Handlungsalternativen angesichts des Zeitdrucks, aber auch bezüglich der Transparenz der Entscheidungsvorbe-

reitung. Die moderne Regierungsforschung kann zeigen, wie sich unter den Bedingungen der Beschleunigung die notwendige Balance zwischen Formalität und Informalität verschoben hat. I² Wenn Zeit fehlt, wird jede Vorbereitung von politischen Entscheidungen in Regierungszentralen von Informalität dominiert. Dadurch minimiert sich nicht nur die Möglichkeit zur wissenschaftlichen Recherche, auch die Legitimität des Verfahrens ist bedroht. Entscheidungsvorgänge in der Politik müssen deshalb immer mit der Frage verknüpft werden, wer letztlich die Entscheidungen fällt, wer sie zu verantworten hat, wie transparent sie fallen. Insofern ist das Suchen nach Informalitätskulturen auch immer mit der zentrale Frage "who governs?" verbunden. 13 Da digitale politische Prozesse (Stichwort E-Government!) extrem abhängig sind von denjenigen, welche die Software erarbeiten, stellen sich neue Machtfragen zur Legitimität von Entscheidungsprozessen. I5

Die digitale Demokratie arbeitet nicht nur mit anderen Instrumenten als die analoge Politik, digitale Kontexte bedeuten eine neue formative Phase für das politische Gemeinwesen und speziell für das politische Entscheiden. Nicht nur Stile und Modi des demokratischen Entscheidens ändern sich, sondern eine neue politische Arena öffnet sich. Diese Arena bedingt Zeitläufe, die eine enorme Ereignisdichte mit sich bringen und seit einigen

- I' Vgl. Karl-Rudolf Korte, Eine Zeitkrise des Politischen, 10.1.2011, online: www.regierungsforschung. de/dx/public/article.html?id=142 (16.1.2012); Paul Nolte, Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie, in: APuZ, (2011) 1–2, S. 5–12. Grundsätzlich zur Zeitthematik vgl. Hartmut Rosa, Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne, Frankfurt/M. 2008.
- Vgl. Martin Florack/Timo Grunden (Hrsg.), Regierungszentralen. Organisation, Steuerung und Politikformulierung zwischen Formalität und Informalität, Wiesbaden 2011.
- Vgl. Martin Florack/Timo Grunden/Karl-Rudolf Korte, Kein Governance ohne Government, in: Stephan Bröchler/Julia von Blumenthal (Hrsg.), Regierungskanzleien im politischen Prozess, Wiesbaden 2011, S. 181–202.
- I⁴ Vgl. Stephan Bröchler, E-Government im Bundeskanzleramt, in: M. Florack/T. Grunden (Anm. 2), S. 185-200; siehe auch den Beitrag von Daniel Roleff in dieser Ausgabe.
- Vgl. Karl-Rudolf Korte, Spurensuche nach Informalität. Vom leisen Verschwinden der Untersuchungsobjekte, in: Zeitschrift für Politikberatung, 4 (2011) 3, S. 119–122.

Jahren das Risiko zum Regelfall der Politik machen. Für die politischen Spitzenakteure kommen infolge dieser Veränderungen immer mehr Entscheidungen als purer Stresstest daher. Ohne Risikokompetenz droht den Akteuren das politische Aus. Wie könnte so eine Risikokompetenz unter digitalen Bedingungen aussehen?

Die aktuelle Kaskade von Krisen stellt jede Regierung vor besondere Probleme. Denn im Zentrum steht dabei nicht nur die Bewältigung im Sinne einer Problemlösung in Zeiten entfesselter Dynamiken, vielmehr zeigt sich im Politikmanagement um das Primat der Politik ein Kampf um den Ort und die Verteilung politischer Entscheidungsmacht. Politische Akteure können sich aber durchaus auch in Zeiten des Gewissheitsschwundes strategische Potenziale erarbeiten, die ein nicht allein durch Zufälle und Inkrementalismus dominiertes Politikmanagement ermöglichen. Risikokompetenz wäre dabei das auszubauende Potenzial.

Parallel zu wachsenden Risiken entwickelt sich exponentiell politische Komplexität mit überraschenden Rückkopplungseffekten. I⁹ Immer mehr Akteure arbeiten in immer stärker globalisierten Verhandlungsformaten ohne hierarchische Handlungskoordination an Lösungen von komplexen Problemen. I¹⁰ Unter dem Druck der Ereignisdichte scheint sich ein neuer Rhythmus der Politik

l⁶ Vgl. Joseph Vogl, Was wir jetzt lernen müssen, in: Die Zeit vom 14.4.2011, S. 37 f.

Vgl. Charles E. Lindblom, The Science of Muddling Through, in: Public Administration Review, 19 (1959) 2, S. 79–88.

18 Hier gilt der Bezug auf die sozialwissenschaftlichen Fundamente des Kompetenzbegriffs: Max Weber, Noam Chomsky und die pragmatisch-funktionale Tradition der amerikanischen Psychologie. Vgl. Eckhard Klieme/Johannes Hartig, Kompetenzkonzepte in den Sozialwissenschaften und im erziehungswissenschaftlichen Diskurs, in: Kompetenzdiagnostik. Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Sonderheft 8/2007, Wiesbaden 2008, S. 11–29.

P Vgl. Uwe Schimank, Die Entscheidungsgesellschaft, Wiesbaden 2005, S. 121–171; Sandra Mitchell, Komplexitäten. Warum wir erst anfangen, die Welt zu verstehen, Frankfurt/M. 2008.

I¹º Vgl. Arthur Benz/Nicolai Dose, Governance. Modebegriff oder nützliches sozialwissenschaftliches Konzept?, in: dies. (Hrsg.), Governance. Regieren in komplexen Regelsystemen, Wiesbaden 2010, S. 13−36, hier: S. 22f.; Nico Grasselt/Karl-Rudolf Korte, Führung in Politik und Wirtschaft, Wiesbaden 2007.

zu entwickeln. Für die politischen Entscheidungsträger werden auf vielen Ebenen Krisenreaktionskräfte wichtiger und bindender als Verträge. Wenn es serienmäßig zum Triumph des Unwahrscheinlichen über das Wahrscheinliche kommt, muss Politik stets das Überraschende erwarten, was sich heute häufig zunächst im digitalen Netz entwickelt. Der Zeitvorsprung des Internets ist uneinholbar. Was folgt daraus für das demokratische Entscheiden? Mit vier vorläufigen Antworten soll skizziert werden, wie daraus auch im digitalen Zeitalter mehr Demokratie erwachsen kann.

I. Erklärmacht: Strukturen vorgeben

Eine digitale Demokratie lebt mit neuen Spielregeln politischer Öffentlichkeit. Die Online-Öffentlichkeit ist strukturlos und nicht steuerbar. 111 Die heutige Politik hat es mit einer sich herausbildenden Netzwerkgesellschaft zu tun, in der Interaktion in veränderten Formaten stattfindet. Kommunikative Schwärme bilden sich plötzlich und sind ohne erkennbare Anführer – ganz im Gegensatz zu politischen Bewegungen in Zeiten der analogen Demokratie. Kommunikation gehört zu einer zentralen Ressource des strategischen Regierens, 112 Aufmerksamkeits- und Erwartungsmanagement ergänzen dabei idealtypisch die "Wort-Politik" der Spitzenakteure. "Netztauglichkeit" ist dabei inzwischen gleichbedeutend mit Kommunikationsfähigkeit. Wer sein Handeln nicht ausreichend erklärt, kann keine Gefolgschaft mobilisieren, auch keine spontane Assoziation der Netzgemeinde.

Doch mit wem soll was, wann, wie und in welchen Formaten kommuniziert werden, um zur Entscheidungsfindung zu kommen?¹³ In der digitalen Demokratie ist jede Vorstellung

I¹¹ Vgl. Karl-Rudolf Korte/Manuel Fröhlich, Politik und Regieren in Deutschland, Paderborn-Stuttgart 2009³, S. 360–369.

I¹² Vgl. Karl-Rudolf Korte, Kommunikation und Entscheidungsfindung von Regierungen, in: Ulrich Sarcinelli/Jens Tenscher (Hrsg.), Politikherstellung und Politikdarstellung, Köln 2008, S. 20–43; Ulrich Sarcinelli, Politische Kommunikation in Deutschland, Wiesbaden 2011; M. Florack/T. Grunden (Anm. 2). Grundlegend: Klaus Kamps, Politisches Kommunikationsmanagement, Wiesbaden 2007.

¹³ Vgl. K.-R. Korte/M. Fröhlich (Anm. 11), S. 271–316.

von gesteuerter Kommunikation anachronistisch - für eine kollektive Regierungsformation, die weiterhin mit Mehrheiten entscheiden möchte, aber essenziell. Das digitale Netz ist kommunikativ unberechenbar, dennoch muss eine politische Entscheidung kommuniziert werden, denn Sprachverlust bedeutet für die Regierenden auch immer Machtverlust. 114 Wer die Begriffe setzt, erobert die Wirklichkeit. Sprachgewinn bedeutet Deutungshoheit. Wer diese Hoheit verliert oder gar nicht mehr anstrebt, kann keine politische Macht aufbauen. In der Regel fehlt es sowohl den Regierungszentralen als auch dem organisatorischen Apparat der Spitzenakteure an Ressourcen, um auch die neue Online-Öffentlichkeit ausreichend zu berücksichtigen. Im Bereich der Arbeitsbedingungen und des Arbeitsumfeldes hat ein Ressourcentransfer von analogen zu digitalen Medien gerade erst begonnen.

Wie kann man dennoch rasch und angemessen kommunizieren? Wie kann man politisch erklären, was zu tun ist? Die Politik kann in der aktuellen Phase kollektiver Erwartungsverluste und Entwertungserfahrungen ein Erklär-Vakuum ausfüllen: Beispielsweise könnten entlang von Parteiprogrammatiken oder Koalitionsvereinbarungen normativ aufgeladene Begründungsketten als strukturierte Antworten entwickelt werden. 115 Wer am überzeugendsten erklärt - online und offline gleichermaßen -, kann Mehrheiten organisieren. Erklärmacht mittels solcher Rahmungen (frames) ist eine wichtige kommunikative Macht. 116 Mit derartigen Orientierungsstrukturen kann man sich bewusst von anderen unterscheiden. Wer nicht tagespolitisch beliebig, sondern mit einem nachvollziehbaren politischen Kompass argumentieren möchte, der muss seine jeweiligen politischen Problemlösungen auch ideell verankern und kommunizieren.

Erklärmacht ist nicht mit Wissen zu verwechseln. Doch Entscheidungszumutungen

sind politisch gestaltbar, wenn versucht wird, diese erklärend zu begründen, als ein Angebot zur Komplexitätsreduktion. 117 Nicht die Vorhersehbarkeit der Entscheidungsfolgen ist dabei relevant, denn Komplexität und Nichtwissen lassen nur bedingt Antworten zu. Aber in unsicheren Zeiten können sich Sicherheiten nur entwickeln, wenn mit der Erklärung auch Zugehörigkeiten sichtbar werden. Stabile Deutungs- und normative Sinnperspektiven sind strategische Reaktionen auf den Umgang mit Gewissheitsschwund. Die jeweilige Deutung bietet eine Struktur, die im strukturlosen Netz einen Gegenpol setzen kann.

II. Zaudern, um zu entschleunigen: Langsamkeit als Strategie

Eine systematische Entschleunigung von politischen Prozessen ist kein genereller Ausweg aus den komplexen Entscheidungszumutungen. Moderne politische Systeme und Gesellschaften können sich nur erhalten und stabil bleiben, wenn sie permanent wachsen und schneller werden: "Sie stabilisieren und reproduzieren sich dynamisch."118 Entscheidungsgesellschaften können den Status quo nur wahren, wenn sie sich dauernd verändern. 19 Dennoch helfen attentistische Formate: Langsamkeit kann, im Sinne bewusst retardierender Momente von diskursiv angelegten parlamentarischen Verfahren, nicht nur die Legitimation von Entscheidungen erhöhen. P²⁰ Bessere temporale Voraussetzungen bieten auch die Chance, zu guten - problemlösenden – Entscheidungen zu gelangen. Wer einen politischen Steuerungsanspruch in einem extrem dynamischen Umfeld formuliert, muss auf Entschleunigung setzen.

Auch in Regierungsstilen könnte sich das ausdrücken. Ließe sich das Vortasten der Regierungen unter Bundeskanzlerin Angela Merkel im Umgang mit einigen Krisen möglicherweise so einordnen? Oft warteten die

I¹⁴ Vgl. Stefanie Delhees et al. (Hrsg.), Wohlfahrtsstaatliche Reformkommunikation, Baden-Baden 2008

I¹⁵ Vgl. Johanna Klatt/Franz Walter, Politik und Gesellschaft am Ende der zweiten Großen Koalition und was folgt?, in: Felix Butzlaff et al. (Hrsg.), Patt oder Gezeitenwechsel?, Wiesbaden 2009, S. 295–322, hier: S. 316–322.

Vgl. Nikolaos Zahariadis, Ambiguity and Choice in Public Policy, Washington, DC 2003, S. 15–18.

I¹⁷ Vgl. Maarten Hajer, Politics as design, Amsterdam 2000, S. 263–288.

I¹⁸ Hartmut Rosa, Ändere doch wieder mal dein Leben, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.7.2011.

¹⁹ Vgl. U. Schimank (Anm. 9), S. 429.

P^o Vgl. ders., Nur noch Coping: Eine Skizze postheroischer Politik, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 21 (2011) 3 (i.E.).

Kanzlerin und ihr jeweiliger Ressortminister ab und begegneten dem Alltag der Krise mit kleinteiligem Vielfaltsmanagement. 21 So eine forcierte Passivität mit Lerneffekten könnte sich am Ende der jeweiligen Entscheidungskette als Macht erhaltende Taktik herausstellen. Das präsidentielle, überparteiliche Zaudern122 der Bundesregierungen wirkt wie eine Auszeit für einen historischen Möglichkeitssinn und könnte als Methode interpretiert werden. Es handelte sich also keinesfalls um Nichtstun; die substanzielle Langsamkeit stellt in komplexen, unsicheren Zeiten ein Machtreservoir dar. Zaudern, um zu entschleunigen, kann eine Komponente von Risikokompetenz sein - auch wenn diese Strategie mit Blick auf den eigenen Machterhalt hochriskant ist. Digitale Demokratien kann man nicht ausbremsen, aber bewusst verlangsamen, um potenzielle Handlungskorridore zu nutzen.

III. Neue Entscheidungsqualität: Reversibilität und Teilhabe

Wenn Risiko zum Regelfall wird, könnte dies auch Konsequenzen auf die Strukturen zur Entscheidungsfindung haben. Netzwerke, die generell einfacher und schneller online zu bilden sind als offline, minimieren Unsicherheitsfaktoren und Wissenslücken. Sie reduzieren jedoch nicht die Quellen der Unsicherheit. 123 Sie geben dem einzelnen Akteur Sicherheit und können die Einschätzung der Konsequenzen in positiver, aber auch in negativer Hinsicht beeinflussen. Zukunftsfähigkeit könnte somit darin bestehen, grundsätzlich lernend, fehlerfreundlich und stets reversibel zu handeln. 124 Die Qualität von

P¹ Vgl. Karl-Rudolf Korte, Präsidentielles Zaudern. Der Regierungsstil von Angela Merkel in der Großen Koalition, in: Sebastian Bukow/Wenke Seemann (Hrsg.), Die Große Koalition, Wiesbaden 2010, S. 102–122.

Vgl. Joseph Vogl, Über das Zaudern, Berlin 2007.
Vgl. Werner Jann/Kai Wegrich, Governance und Verwaltungspolitik, in: A. Benz/N. Dose (Anm. 10),
S. 175–200, hier: S. 187 ff.; Jörn Knobloch, Politiknetzwerke und das Geheimnis, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 21 (2011) 1, S. 5–32.

P⁴ Vgl. Harald Welzer, Was Sie sofort tun können: Zehn Empfehlungen, 27.12.2010, online: www. faz.net (6.1.2012); Carl Friedrich von Weizsäcker/ Ernst Ulrich von Weizsäcker, Fehlerfreundlichkeit, in: Klaus Kornwachs (Hrsg.), Offenheit, Zeitlichkeit, Komplexität, Frankfurt/M. 1984, S. 167–201.

Entscheidungsprozessen kann sich dadurch verbessern, weil auch die Fehlerfreundlichkeit von Entscheidungen kommuniziert werden müsste. Auch dies ist online besser zu organisieren als offline.

Die Qualität von Entscheidungen kann aber nicht nur durch neue Strukturen angereichert werden. Vielmehr ändert sich in digitalen Demokratien das Konzept von Partizipation. Die ergebnisorientierte Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger im Sinne einer modernen, rückgekoppelten Beteiligung sichert langfristig die Legitimität von Entscheidungen. I²⁵ "Schwarmintelligenz" kann sowohl zur Informationsgewinnung als auch zur Entscheidungsvorbereitung genutzt werden. 126 Mit institutioneller Phantasie kann zudem die Verzahnung parlamentarischer und außerparlamentarischer Online-Prozesse gelingen. Modell könnten hier repräsentativ zusammengesetzte Bürgerkammern sein, die mit einer Reaktionsverpflichtung für die Parlamente ausgestattet sein könnten. Bürgerpartizipation als Gesellschaftsberatung¹²⁷ könnte so in einem neuen Format getestet werden, das seinen Ursprung im digitalen Vorfeld hätte. Die repräsentative Demokratie würde auf diese Weise neue Akzeptanz erhalten. Zudem steigt die Qualität von Entscheidungen, wenn nicht nur über Wissen, sondern auch über Partizipation und Teilhabe neue Akteure mit "Expertise von unten" eingebunden werden. 128

Digitale Prozesse erleichtern die Chance auf Einbindung und Anhörung neuer politischer Akteure. Die Entscheidungszumutungen werden durch die Rückkehr des Plebiszitären, wenn sich unterschiedliche Kreise in differenzierten Formaten darin wiederfinden, für alle Beteiligten "erträglicher". Die diskursive Rückbindung an Öffentlichkei-

P5 Vgl. grundsätzlich dazu Ray Hebestreit, Partizipation in der Wissensgesellschaft, Wiesbaden (i. E.).
 P6 Selbstverständlich muss immer auch gleichermaßen mit "Schwarmdummheit" gerechnet werden.
 P7 Vgl. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Politische Partizipation in Deutschland, Gütersloh 2011.
 P8 So Claus Leggewie/Harald Welzer, Das Ende der Welt, wie wir sie kannten, Frankfurt/M. 2009, S. 138–149; Ulrich von Alemann/Christoph Strünck, Die Weite des politischen Vorraumes. Partizipation in der Parteiendemokratie, in: Klaus Kamps (Hrsg.), Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation, Opladen 2009, S. 21–38.

ten dient somit der Feinjustierung plebiszitärer Bedürfnisse. Risikokompetenz würde mithin bedeuten, prozessuale Logiken bzw. unterschiedliche Entscheidungsarenen (öffentliche, parlamentarische oder verhandlungsdemokratische), die solche plebiszitären Kontexte einbeziehen, miteinander zu verkoppeln. 129 Studien belegen, dass Online-Teilhabe in politischen Prozessen in der Regel ein ähnliches bürgerliches Klientel anspricht, wie traditionelle Offline-Partizipationsformate wie Wahlen und Abstimmungen. 130 Insofern werden sich quantitativ nicht mehr Bürger aktiv einbringen, aber Entscheidungen können potenziell auf breiterer und auch anders gelagerter legitimatorischer Basis gefällt werden. Die Einbindung neuartiger Partizipationsbewegungen kann die repräsentative Demokratie durch clevere Ergänzungen stabilisieren. Das Regieren und Opponieren wird dadurch weder effizienter noch effektiver, aber die Qualität des Parlamentarisch-Repräsentativen könnte gewinnen.

IV. Robuste Parteien: flexibel und krisenfest

Die Parteien sind die Begleiter des Wandels. I³¹ In einem weitgehend ortlos gewordenen politischen Online-Raum könnten auch sie Orte des Politischen bieten, sind sie doch lernende Organisationen mit hoher Anpassungsfähigkeit. I³² Alle Prozesse der herkömmlichen Machtgenerierung bedürfen im digitalen Kontext der Ergänzung. Dabei machen es die Bürger den Parteien nicht einfach, (stellver-

¹²⁹ Vgl. Friedbert Rüb, Policy-Analyse unter den Bedingungen von Kontingenz, in: Katrin Toens/Frank Janning (Hrsg.), Die Zukunft der Policy-Forschung, Wiesbaden 2009, S. 88−111, hier: S. 102−105; K.-R. Korte/M. Fröhlich (Anm. 11), S. 230−240.

P⁰ Vgl. Armin Schäfer, Der Nichtwähler als Durchschnittsbürger,in: Evelyn Bytzek/Sigrid Roßteutscher (Hrsg.), Der unbekannte Wähler?, Frankfurt/M.−New York 2011, S. 133−156.

131 Vgl. Karl-Rudolf Korte, Lob des Opportunismus, in: Die Zeit vom 14.7.2011.

P² Vgl. Elmar Wiesendahl, Der Organisationswandel politischer Parteien. Organisatons- und wandlungstheoretische Grundlagen, in: Uwe Jun/Benjamin Höhne (Hrsg.), Parteien als fragmentierte Organisationen, Opladen–Farmington Hills 2010, S. 35–65; Elmar Wiesendahl, Rationalitätsgrenzen politischer Strategie, in: Joachim Raschke/Ralf Tils (Hrsg.), Strategie in der Politikwissenschaft, Wiesbaden 2010, S. 21–44, hier: S. 35 f.

tretend für sie) an der politischen Willensbildung mitzuwirken. Der Anteil der Nicht- und Wechselwähler hat dramatisch zugenommen, immer häufiger ändern Bürger spontan und unkalkulierbar ihre politischen Meinungen. Wie können Parteien unter diesen Umständen der auch digital angetriebenen Volatilität verlässlich mit Stimmen kalkulieren? In ihren strategischen Zentren verfügen die Parteien vielfach bereits über Risikokompetenz. 133 Dabei sind sie einem doppelten Komplexitätsfeld ausgeliefert: intern im Hinblick auf schwer steuer- und kalkulierbare, lose verkoppelte Anarchien und extern hinsichtlich der keineswegs linearen Dynamiken auf dem Wähler- und Koalitionsmarkt. Um Legitimität zu generieren, öffnen sie sich inzwischen verstärkt auch Nichtmitgliedern. 134

Auch ein Koalitionsmarkt ist entstanden, auf dem die Parteien agieren müssen. 135 Bunte Koalitionsmuster kennzeichnen die Vielfalt von Mehrheitsfraktionen in deutschen Parlamenten. Die Parteien zeigen sich insofern sehr beweglich, wenn es darum geht, aus dem Wählerauftrag am Wahltag eine Regierungsmehrheit zu bilden – und so dauerhaft Große Koalitionen zu verhindern. Die Wahlbürger erkennen in den ehemals großen Volksparteien immer weniger liebgewonnene, mitte-zentrierte Angebote. Die Erosion der Volksparteien ist somit auch Ausdruck einer Repräsentationslücke.

Was die einen an Themenhoheit verlieren, gewinnen die anderen. So zeigt sich einmal mehr, wie das Parteiensystem als ein System kommunizierender Röhren lebendig geblieben ist. Das belegt auch die Parlamentarisierung der Piratenpartei als neue digitale Bewegung. 1³⁶ Im Zentrum steht dabei weni-

- ³³ Vgl. Timo Grunden/Karl-Rudolf Korte, Gesell-schaftsberatung in der Parteiendemokratie, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Wie Politik von Bürgern lernen kann, Gütersloh 2011, S. 62–96, hier: S. 84–89.
- P⁴ Vgl. Uwe Jun, Politische Parteien als fragmentierte Organisationen im Wandel, in: ders./B. Höhne (Anm. 32), S. 11–34, hier: S. 28–32.
- P⁵ Vgl. Karl-Rudolf Korte, Die Bundestagswahl 2009. Konturen des Neuen, in: ders. (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2009. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden 2010, S. 9–34.
- Pie Zur Piratenpartei vgl. den Beitrag von Christoph Bieber in dieser Ausgabe.

ger die Genese eines neuen Politikfeldes unter dem Schlagwort "Netzpolitik", als vielmehr eine Online-Interpretation sämtlicher politischer Prozesse. Nicht das Instrument oder die Nutzung des Internets ist dabei von Bedeutung, sondern die Haltung der Nutzerinnen und Nutzer gegenüber einem gesellschaftlichen Grundkonflikt zwischen Freiheit und Sicherheit.

Wer aus einem online-bestimmten Lebensraum kommt, der verändert die Deutung von politischen Themen, der wählt eine andere Perspektive von Betroffenheit, und der nimmt politische Relevanz anders wahr. Die Piraten stellen einen Sinnzusammenhang zwischen Lebenswelt und Politik her. Das macht sie attraktiv. Wenn das Bild der kommunizierenden Röhren weiterhin Bestand hat, werden andere politische Strömungen auch bald versuchen, diese digitale Lebensweltperspektive aufzunehmen. Ob das authentisch wirkt, kann man jetzt noch nicht beurteilen. Aber ganz sicher wird eine online geprägte Generation auch langfristig ihre jeweiligen Pendants im Parteiensystem suchen und wählen.

Damit zeigt sich einmal mehr, wie sich Machtressourcen unter den Bedingungen einer Netzwerkgesellschaft ändern. Digitale Politik erfordert ein neues Design der Macht. Nicht mehr ein herkömmliches Umfeld von Besitz stellt die neue Machtwährung dar, sondern eher ein potenzieller Zugang. Zugänge – online wie offline, materiell wie ideell – eröffnen Optionen. Wer bleibt als Partei zukunftsfähig, indem er neue Zugänge anbietet?

Professionelle Wählerparteien leiden auch am permanenten Kommunikationsstress, der sich in der digitalen Demokratie verstärkt hat. Alles was sie tun, ist unter Echtzeitbedingungen sogleich öffentlich. Parteipolitische Führung, die sich nun auch neuen Beteiligungsformaten von Nichtmitgliedern stellen will, gerät unter zusätzlichen Partizipations- und Leistungsdruck, was erneut institutionelles Lernen erfordert. Trotz berechtigter Detailkritik stehen Parteien für die modernste Form politischer Willensbildung in repräsentativen Demokratien. Wer sollte stellvertretend für sie an freien Wahlen teilnehmen? Welche anderen repräsentativen Gruppen wären gleichermaßen politisch legitimiert, um Entscheidungen für uns zu treffen? Wie könnten wir ohne Parteien politische Teilhabe fair organisieren, die nicht nur spontane Betroffenheit widerspiegelt? Wo könnte auch zukünftig ein Ort für politische Kommunikation in einem digitalen Medienumfeld bestehen, wenn nicht bei den Parteien? Insofern bleibt es eine zentrale Herausforderung, die Parteiendemokratie zu stärken, um mit Entscheidungszumutungen adäquat umzugehen. Die Parteien bleiben Mittler und Transmissionsriemen beim Komplexitätsmanagement von Entscheidungen, gerade unter digitalen Bedingungen.

Fazit: Entscheidungen in der digitalen Demokratie

Eine digital beschleunigte, komplexe Demokratie setzt die handelnden Akteure unter Entscheidungsstress. Die entschleunigt getaktete, parlamentarische Demokratie erscheint überfordert. Wenn zudem das Risiko zum Regelfall bei politischen Entscheidungen wird, hat dies Konsequenzen für den Modus des demokratischen Entscheidens. In Zeiten des Gewissheitsschwundes wachsen die Entscheidungszumutungen für den politischen Akteur, aber auch für die Regierungsformation insgesamt. Die neue formative Phase des politischen Entscheidens steht unter dem permanenten Druck wachsender Komplexität, zunehmender Unsicherheit, potenziell steigendem Nichtwissen, dynamischen Zeitbeschleunigungen und exponentiellen Risikoerwartungen. Strategische Auswege für den Umgang mit den Entscheidungszumutungen können die skizzierten Komponenten einer politischen Risikokompetenz darstellen: Erklärmacht einsetzen, um strukturierte Orientierung zu bieten; Zaudern, um zu entschleunigen; die Qualität der Entscheidungen anreichern und robuste Parteien als Mittler von komplexen Entscheidungen stärken. Das sind erste Bausteine, welche Strukturen, Prozesse und Stile des Entscheidens in digitalen Zeiten beschreiben. Sie sind gleichzeitig auch ein Versuch, Zeitreichtum und politische Macht für dafür legitimierte Akteure zurückzuerobern. Denn nur wer Zeit hat, kann in einer Demokratie auch frei bleiben.

Christoph Bieber

Die Piratenpartei als neue Akteurin im Parteiensystem

Mit dem Wahlerfolg vom 18. September 2011 und dem Einzug von 15 Abgeordneten in das Berliner Abgeordnetenhaus

Christoph Bieber

Dr. rer. soc., geb. 1970; Inhaber der Johann-Wilhelm-Welker-Stiftungsprofessur für Ethik in Politikmanagement und Gesellschaft, NRW School of Governance, Institut für Politikwissenschaft Universität Duisburg-Essen, Lotharstraße 53, 47057 Duisburg. christoph.bieber@uni-due.de

hat sich die fünf Jahre alte Piratenpartei in der deutschen Parteienlandschaft etabliert – zu dieser Einschätzung neigen die meisten Beobachter angesichts eines Stimmenanteils von 8,9 Prozent. Ein massiver Mitgliederanstieg bis Ende 2011 sowie vergleichsweise solide

Werte oberhalb der Fünfprozenthürde in den Umfragen verschiedener Meinungsforschungsinstitute scheinen diesen Eindruck auch bundesweit zu bestätigen. Aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive ist jedoch eine differenzierte Perspektive notwendig, 11 schließlich folgten auf die ersten Achtungserfolge bei den Europa- und Bundestagswahlen 2009 mehrere erfolglose Auftritte bei Landtagswahlen, wirkt das programmatische Profil der Partei noch unscharf, und es fehlt ein über die engen Grenzen von Mitgliedschaft und netzpolitischer Szene hinaus bekanntes Personal. Zugleich ist unumstritten, dass durch die Piratenpartei eine experimentelle Zone eröffnet worden ist, in der viele Routinen politischer Organisations- und Kommunikationstätigkeit radikal auf die Probe gestellt werden. Darüber hinaus scheinen die Piraten als eine neue Form der "Anti-Parteien-Partei" wahrgenommen zu werden, Vergleiche mit den "frühen Grünen" sind alles andere als selten. Und schließlich ziehen die "Politik-Nerds" offenbar eine junge Klientel an und motivieren als politikverdrossen geltende Alterskohorten nicht nur zum Urnengang, sondern sogar zur aktiven Mitarbeit innerhalb eines verstaubten Organisationsmodells namens "Partei".

Vor diesem Hintergrund entstehen zahlreiche Fragen: Ist der Aufstieg der Piraten nachhaltig oder nur ein Übergangsphänomen? Was sind die Gründe für die hohe Popularität und den elektoralen Erfolg? Wie kann digitale politische Kommunikation in analoge Parteistrukturen überführt werden? Und schließlich: Wie passen die Piraten in das deutsche Parteiengefüge, und gibt es Folgen für das politische System?

Dieser Artikel skizziert die Entwicklung der Piratenpartei seit Frühjahr 2009, die sich in vier Phasen gliedern lässt. Dabei werden die Nutzung unterschiedlichster Formen von Online-Kommunikation sowie die gezielte Verzahnung digitaler sozialer Netzwerke mit den Parteistrukturen als Modernisierungsimpulse für die etablierten Akteure beleuchtet. Vor allem die innerparteilichen Diskussionen um die programmatische Positionierung und das Selbstverständnis der Partei spiegeln hier den Spagat zwischen basisdemokratischem Anspruch und pragmatischer Organisationspolitik wider. I²

- I1 Bislang ist die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Piratenpartei noch lückenhaft, für das Frühjahr 2012 sind jedoch zwei Sammelbände angekündigt. Vgl. Oskar Niedermayer, Erfolgsbedingungen neuer Parteien im Parteiensystem am Beispiel der Piratenpartei Deutschland, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, (2010) 4, S. 838-854; ders. (Hrsg.), Die Piratenpartei, Wiesbaden 2012 (i.E.); Christoph Bieber/Claus Leggewie (Hrsg.), Unter Piraten. Erkundungen einer neuen politischen Arena, Bielefeld 2012 (i.E.). Darüber hinaus existieren einige Positionspapiere und Auswertungen politischer Stiftungen, Kurzanalysen, Materialsammlungen und Kommentare sowie Berichte aus der Innenperspektive. Vgl. Fabian Blumberg, Partei der "digital natives"?, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2010; Udo Zolleis/Simon Prokopf/Fabian Strauch, Die Piratenpartei, Hanns-Seidel-Stiftung, München 2010; Henning Bartels, Die Piratenpartei, Berlin 2009; Friederike Schilbach (Hrsg.), Die Piratenpartei: Alles klar zum Entern?, Berlin 2011; Markus Lewitzki, Das Internet in Parteiform: Wie segelt die Piratenpartei?, 7.1.2011, online: www.regierungsforschung.de (9.1.2012); Tobias Neumann, Die Piratenpartei Deutschland, Berlin 2011; Sebastian Jabbusch, Liquid Democracy in der Piratenpartei. Eine neue Chance für innerparteiliche Demokratie im 21. Jahrhundert?, Magisterarbeit, Greifswald 2011.
- L' Eine detaillierte Auseinandersetzung mit den inhaltlichen Schwerpunkten bleibt an dieser Stelle zugunsten einer Betrachtung von Struktur und Organisation innerparteilicher Debatten außen vor. Einige Hinweise hierzu finden sich bei F. Blumberg sowie U. Zolleis et al. (Anm. 1).

Entwicklung in vier Phasen

Gegründet wurde die Piratenpartei Deutschland im September 2006. Ein wesentlicher Impuls ging dabei von der schwedischen Piratpartiet aus, die sich zu Beginn desselben Jahres formiert hatte. 13 Die erste Teilnahme an einer Wahl in Deutschland datiert auf den Januar 2008, damals waren die Piraten mit einer Liste bei den hessischen Landtagswahlen vertreten und erreichten 0,2 Prozent der Stimmen. Einer breiteren Öffentlichkeit wurde die Partei jedoch erst im Laufe des Jahres 2009 bekannt - ein Schlüsselereignis war dabei die Europawahl am 7. Juni. Hier erreichten die Piraten in Deutschland einen Stimmenanteil von 0,9 Prozent (229464 Stimmen), was zumindest eine Wahrnehmung als "Kleinstpartei" gewährleistete.

Vor allem die sogenannte #zensursula-Kampagnel⁴ sowie die im Mai 2009 gestartete E-Petition "Internet - Keine Indizierung und Sperrung von Internetseiten" beim Deutschen Bundestagl⁵ sorgten dafür, dass die Piraten vermehrt Aufmerksamkeit erhielten. Zwar wurde die Petition weder durch ein Mitglied noch durch ein Gremium der Partei eingereicht, aber durch die Nähe der Debatte um "Internetsperren" zu ihren Zielen und Forderungen fand eine informelle Kopplung an die Parteiorganisation und -kommunikation statt. Ihren Höhepunkt erreichte die gegenseitige Verstärkung von E-Petition, #zensursula-Kampagne und den Aktivitäten der Piratenpartei im Juni 2009. Zunächst endete am 16. Juni die Zeichnungsfrist für die

Für eine ausführliche Darstellung der Geschichte der Piratenpartei in Schweden und zur Gründung des deutschen Ablegers vgl. online: http://web.piratenpartei.de/Geburtstag/Piratenpartei_Schweden sowie www.piratenpartei.de/navigation/presse/gründung (9.1.2012).

I* Der Begriff #zensursula ist ein sogenannter hashtag, der das Suchen von bestimmten Inhalten auf der Kurznachrichten-Plattform Twitter erleichtern soll. Im Zuge der Online-Kampagne gegen die von der damaligen Familienministerin Ursula von der Leyen protegierten "Internetsperren" hatte sich das Kürzel herausgebildet, die griffige "Wortmarke" entwickelte sich jedoch rasch zu einer Chiffre für die Position der Bundesregierung in der Debatte um digitale Bürgerrechte. Vgl. Christoph Bieber, politik digital. Online zum Wähler, Salzhemmendorf 2010.

[▶] Vgl. die offizielle Dokumentation der Petition online: https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;sa=details;petition=3860 (9.1.2012). E-Petition, die schließlich von 134015 Personen befürwortet worden war. Zwei Tage darauf stimmte der Bundestag mit den Stimmen der Großen Koalition für das "Zugangserschwerungsgesetz" (ZugErschwG), das die Errichtung der umstrittenen "Internetsperren" beinhaltete. Unter dem Motto "Löschen statt Sperren" gab es daraufhin am 20. Juni in zahlreichen Städten Demonstrationen gegen den Gesetzentwurf, zugleich erklärte an diesem Tag der langjährige SPD-Abgeordnete Jörg Tauss seinen Parteiaustritt und den Wechsel zur Piratenpartei. Damit stellten die Piraten bis zum Ende der Legislaturperiode kurzfristig einen Bundestagsabgeordneten.

Bei einer genaueren Betrachtung der Mitgliederzahlen lassen sich vier wesentliche, aufeinander folgende Entwicklungsphasen der Partei beschreiben: (1) eine längere Gründungsphase von September 2006 bis Juni 2009, (2) eine viermonatige, erste Wachstumsphase bis September 2009, (3) eine einjährige Stagnationsund Stabilisierungsphase bis September 2011 und (4) eine zweite Wachstumsphase, die bis heute andauert.

Für etwa zwei Jahre nach ihrer Gründung blieb die Piratenpartei eine Kleinstpartei mit wenigen Hundert Mitgliedern. Ein schwacher Zuwachs war im Frühjahr 2009 zu verzeichnen; Gründe dafür waren die Solidarisierungswelle mit vier schwedischen Betreibern der Online-Tauschbörse "The Pirate Bay", die wegen Urheberrechtsverletzungen verurteilt wurden, und die Europawahl. Rückblickend wird deutlich, dass die Zustimmung des Bundestags zum "Zugangserschwerungsgesetz" im Juni 2009 der zentrale Auslöser für das explosionsartige Mitgliederwachstum in der zweiten Entwicklungsphase war. In der Folgezeit stand die formale Anmeldung der Partei und ihrer Wahlkreiskandidaten zur Bundestagswahl im Mittelpunkt der Aktivitäten - diese Regelungen trugen zum Strukturaufbau der Gruppierung bei: Das Sammeln von Unterschriften für die Zulassung zur Wahl übertrug die Aktivität vieler Mitglieder aus dem Internet hinaus auf Straßen und Plätze. Dadurch wurde die Partei einer neuen Klientel bekannt, und es konnten erste Erfahrungen für den Straßenwahlkampf gesammelt werden. Angesichts einer vor allem auf Online-Kommunikation basierenden Debattenkultur war dieser "Zwang zur Analogisierung" ein erster wichtiger Schritt in Richtung politischer Organisationswirklichkeit.

Die erste Wachstumsphase endete allerdings rasch nach der Bundestagswahl - bis zum Jahresende 2009 flachte der Anstieg der Mitgliederzahlen ab, das Jahr 2010 ist von einer Stabilisierung bei etwa 12000 Mitgliedern gekennzeichnet. In die dritte Entwicklungsphase fielen mehrere Wahlen auf Landes- und Kommunalebene, bei denen die Piratenpartei nur bescheidenen Erfolg hatte und die Stimmenanteile bei etwa zwei Prozent stagnierten. Die interne Entwicklung spiegelte das gebremste Wachstum wider: Die Rekrutierung von Neumitgliedern gelang vorwiegend jenen Landesverbänden, die in Wahlkämpfen aktiv waren. Die vierte und vorerst letzte Entwicklungsphase wurde mit der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus eingeläutet - in der Wahlkampfzeit stiegen parallel zu den Umfragewerten auch die Mitgliederzahlen des Landesverbandes an. Mit dem in dieser Größenordnung nicht erwarteten Wahlerfolg¹⁶ setzte ein ähnlich sprunghaftes Wachstum ein wie zur Jahresmitte 2009. Bis zum Jahresende 2011 meldeten sich mehr als 8000 Neumitglieder an, so dass die Partei zu Beginn des Jahres 2012 mehr als 20000 Mitglieder zählt und zur siebtgrößten Parteiorganisation in Deutschland geworden ist.

Gerade diese vierte Phase kann als "ungesundes Wachstum" bezeichnet werden, das die bislang noch kaum ausgebaute Organisationsstruktur der Partei ins Wanken bringen könnte. Zwar erlaubt ihre Satzung eine Strukturierung der Landesverbände in verschiedene Untergliederungen, und es existieren auch innovative Formen der Mitgliederorganisation wie die sogenannten Crews. 18 Bestimmend für die Organisationswirklichkeit ist aber das im Parteiprogramm formulierte Bekenntnis zu mehr direkter Demokratie und zur Stärkung einfacher Mitglieder. 19 Konsequenter-

I Vgl. Nicolas Kulish, Pirates' Strong Showing in Berlin Surprises Even Them, in: The New York Times vom 9.9.2011.

l' Ständig aktualisierte Mitgliederzahlen sowohl für die Gesamtpartei als auch für die Landesverbände finden sich online: http://wiki.piratenpartei.de/Mitglieder (9.1.2012).

Nals Crew gilt eine (in der Regel lokale) Gruppe von fünf bis neun Piraten, die sich zu regelmäßigen Diskussions- und Planungstreffen versammelt, um die politische Basisarbeit sicherzustellen. Überschreitet eine Crew die Maximalgröße, so erfolgt eine Teilung in mindestens zwei kleinere Einheiten. Vgl. online: http://wiki.piratenpartei.de/NRW:Crewkonzept (9.1.2012).

P Vgl. online: http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm#Mehr_Demokratie_wagen (9.1.2012).

weise verzichten die Piraten bislang auf die Einrichtung eines Delegiertensystems für die Bundesparteitage als zentrales Parteiorgan, die in der Satzung folgerichtig als "Mitgliederversammlung auf Bundesebene" bezeichnet werden. I¹⁰ Das weitgehende Fehlen professioneller Strukturen wie Geschäftsstellen oder Angestellter erschwert das Management der stetig wachsenden Mitgliederorganisation zusätzlich. Eine Ausnahme stellt die Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus dar, die dadurch als Vorreiter und Modernisierungsimpuls für die übrigen Parteistrukturen wirken könnte.

Trotz der Erfordernisse einer funktionierenden Parteibürokratie scheint der "engagierte Amateurstatus" alles andere als dysfunktional zu sein. Beim zweiten Bundesparteitag am 3. und 4. Dezember 2011 in Offenbach diskutierten etwa 1300 Teilnehmer über zentrale Punkte des Parteiprogramms und stimmten darüber ab. Zu den zentralen programmatischen Forderungen gehören seitdem etwa das bedingungslose Grundeinkommen, die Trennung von Staat und Kirche sowie die Legalisierung "weicher" Drogen. Auch ohne ein Delegiertensystem und die vorbereitende Tätigkeit einer Antragskommission verliefen die Diskussionen weitgehend reibungslos und produktiv. 11

Kommunikation als Partizipation?

Die Entstehung der Piratenpartei in ihrer aktuellen Form als eine zuwachsorientierte Mitgliederorganisation im Gewand der klassischen Parteien mutet unwahrscheinlich an. Schließlich wird der Hauptzielgruppe von internetaffinen Jung- oder gar Erstwählern nicht nur eine besonders politikverdrossene Haltung unterstellt, sondern auch eine Vorliebe für die vielen Möglichkeiten für eine niedrigschwellige Beteiligung an digitalen Politikprozessen wie Mail-Protestaktionen, E-Petitionen oder Website-Blockaden. Dennoch haben sich mehr als 20000 Menschen als Mitglieder eingeschrieben und setzen ein

Iºº Vgl. http://wiki.piratenpartei.de/Satzung#.C2.A7_ 9b_-_Der_Bundesparteitag (9.1.2012).

I¹¹ Vgl. die umfangreiche Zusammenstellung der Presseberichte unter http://wiki.piratenpartei.de/Bundesparteitag_2011.2/Pressespiegel (9.1.2012) sowie die Dokumentation der Reden, Anträge und Beschlüsse unter http://piratenpad.de/ep/pad/view/ro. EKTgXyr97xze/latest (9.1.2012).

Ausrufezeichen gegen den Trend: Lediglich die Grünen haben zuletzt Mitglieder hinzugewonnen, die übrigen Parteien kämpfen gegen Überalterung und Mitgliederschwund. I¹²

Die Initialzündung während der #zensursula-Kampagne und dem anschließenden Wahlkampf zur Bundestagswahl liefert den wohl wichtigsten Hinweis für das Eintreten dieses unwahrscheinlichen Wachstums: Die Kampagnen-Kommunikation basiert auf den wichtigsten Plattformen und Werkzeugen des auf Beteiligung ausgelegten Web 2.0 – Blogs, Online-Videos, Kommunikation in sozialen Netzwerken und digitale Echtzeitkommunikation. It Allerdings ist diese Verwurzelung im Internet nur ein Baustein der "Wachstumsgeschichte", denn in allen Entwicklungsphasen sind Wechselwirkungen mit den Offline-Aktivitäten konstitutiv für die Genese der Piratenpartei.

Im Protest gegen die Einführung von Internetsperren wurde die Verzahnung einzelner Bausteine zu einer reichweitenstarken Online-Kampagne gewissermaßen einstudiert. Im Vorfeld der Bundestagswahl war dadurch eine leistungsfähige Infrastruktur entstanden, die mit einer veränderten Zielsetzung angepasst und reaktiviert werden konnte. Ein wichtiger Grund für das Gelingen einer solchermaßen alternativen Wahlkampagne ohne nennenswertes Budget und mit einer nur schwach ausgeprägten Offline-Komponente war jedoch die Abwesenheit einer zentralen, steuernden Parteibürokratie. Natürlich hatte die Piratenpartei im Herbst 2009 einen Bundesvorstand, doch nahm das Gremium unter dem damaligen Vorsitzenden Jens Seipenbusch keinen nennenswerten Einfluss auf die Wahlkampforganisation. Damit war der Weg frei für eine echte "Mitmach-Kampagne", die das Funktionsprinzip des Web 2.0 auf den Bundestagswahlkampf übersetzte. Das Resultat war ein von den Mitgliedern getriebener Wahlkampf mit niedrigen Einstiegsschwellen und einem dezentralen Netzwerk aus offenen Teilelementen wie einem Wiki (wiki. piratenpartei.de), zahlreichen Blogs (planet. piratenpartei.de), reichweitenstarken Twitter-Accounts (@piratenpartei) und Wettbewerbsformaten zur Ermittlung prominenter Kampagnenbeiträge.l¹⁴

Grundsätzlich lässt sich hier eine offene Kampagnenführung skizzieren, die sich maßgeblich von den klassischen, parteigesteuerten Marketingkampagnen unterscheidet. Der erzielte Stimmenanteil von zwei Prozent bei der Bundestagswahl war in dieser Perspektive im Grunde nur ein Nebeneffekt – der eigentliche Erfolg war die vergleichsweise starke und nachhaltige Mitgliederbindung: Gerade durch "spielerische Unprofessionalität" und Offenheit hat die Piratenpartei einen starken Partizipationsimpuls ausgelöst, dem insbesondere diejenigen folgen konnten, die sich mit den Kommunikationsbedingungen in digitalen, interaktiven Medienumgebungen auskennen. 115 Die multimedial hochgerüsteten Online-Kampagnen der etablierten Parteien mögen zwar für professionellere Oberflächen und komplexere Online-Angebote gesorgt haben, die Piratenpartei hingegen profitierte von der Bereitstellung einer Plattform, auf der sich Neumitglieder und externe Unterstützer gleichermaßen betätigen konnten. I 16 In diesem Kontext entsprach die digitale politische Kommunikation tatsächlich einer "echten" Beteiligung am politischen Prozess.

Der Achtungserfolg bei der Bundestagswahl 2009, die damit verbundene öffentli-

I² Vgl. Oskar Niedermayer, Parteimitglieder in Deutschland: Version 2011, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 18, Freie Universität Berlin 2011.

I¹³ Vgl. als Übersicht die Beiträge in Eva Schweitzer/ Steffen Albrecht (Hrsg.), Die Rolle des Internet bei der Bundestagswahl 2009, Wiesbaden 2011.

I¹⁴ In eine ähnliche Richtung zielt der Einsatz der "Piratenpads", die zu einem wichtigen Werkzeug für den innerparteilichen Austausch geworden sind. Mit Hilfe solcher kollektiver Texteditoren (allgemein bekannt als "Etherpad") können Parteimitglieder und Unterstützer gemeinsam an Dokumenten arbeiten, etwa zur Vorbereitung von Sitzungen oder Veranstaltungen. Sie können jedoch auch zur externen Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt werden, wie die Dokumentation des Parteitags beweist (Anm. 11).

I¹⁵ Vgl. Christoph Bieber, Der Wahlkampf als Onlinespiel, in: Martin Eifert/Wolfgang Hoffmann-Riehm (Hrsg.), Innovation, Recht, öffentliche Kommunikation, Baden-Baden 2010, S. 233–254.

I¹º Schon an dieser Stelle findet sich in Grundzügen die Idee der "Plattformneutralität" wieder, die für den Blogger Michael Seemann ein wesentlicher Baustein der Programmatik der Piraten ist. Vgl. Michael Seemann, Das politische Denken der Piraten, 6. 10. 2011, online: www.ctrl-verlust.net/das-politische-denkender-piraten (9. 1. 2012).

che Sichtbarkeit und die Reaktionen der etablierten Parteien, die sich seitdem intensiver mit den Inhalten einer "Netzpolitik" auseinandergesetzt haben, boten schließlich den Nährboden für die weitere Entwicklung und Konsolidierung der Piratenpartei. Gleichwohl barg die Positionierung innerhalb des Parteienspektrums auch Gefahren: Gerade weil der Aufstieg im Jahr 2009 so rasch vonstatten ging, resultierte daraus eine hohe Erwartungshaltung und die Hoffnung, der Einzug in ein Länderparlament sei lediglich Formsache. Die Landtagswahlen in den Jahren 2010 und 2011 mit Resultaten deutlich unterhalb der Fünfprozenthürde erhielten daher schnell den Charakter von Niederlagen und Misserfolgen – obwohl es sich bei den jeweils antretenden Landesverbänden stets um Wahlkampf-Novizen handelte und die noch im Aufbau befindliche Parteistruktur kaum nennenswerte Impulse geben konnte.

Die personell wie finanziell im Vergleich zu den etablierten Parteien schwach ausgestatteten und zahlenmäßig weit unterlegenen Piraten hatten sich und ihre Ziele nun in der Fläche bekannt machen müssen wie etwa in Nordrhein-Westfalen (Mai 2010), Rheinland-Pfalz oder Baden-Württemberg (beide März 2011), wo die Stimmenanteile bei gut zwei Prozent stagnierten. Auch in Regionen mit digitalem Nachholbedarf wie Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern (März/September 2011) blieben die Piraten auf diesem Niveau. Selbst in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen (Februar/Mai 2011) gelang keine Verbesserung, obwohl dort zumindest ein Straßenwahlkampf besser zu organisieren war und man im urbanen, studentischen Milieu neue Piratenhochburgen vermutet hatte.

Für die dezentrale, auf Beteiligung und Mobilisierung zielende Wahlkampfkommunikation waren partizipative Elemente demnach konstitutiv. Zusätzlich zu den nach außen gerichteten Kommunikationsformaten hat die Piratenpartei auch zahlreiche Werkzeuge und Routinen kultiviert, die auf eine Stärkung der Mitarbeit innerhalb der Organisation zielen. Auch hier handelt es sich um Formate der Online-Kommunikation, die mit klassischen Formen der Parteibinnenkommunikation kreativ verbunden wurden. So gilt das Voice-Chat-Format "Dicker Engel" als "der virtuelle Treffpunkt aller Pira-

ten"I¹² zum basisdemokratischen Austausch. Typischer Weise finden dort inhaltsorientierte Diskussionen statt, das Forum wird aber zum Beispiel auch für die Vorstellung von Kandidaten für Parteiämter genutzt. Neben reinen Diskussionsformaten existieren auch verschiedene Varianten für Online-Abstimmungen, die der Ermittlung von Meinungsbildern oder der Vorbereitung "echter" Abstimmungen dienen, etwa die "Antrags" oder "Meinungsfabriken", der "Piratensextant" sowie die "Limesurveys".I¹³8

Das prominenteste Beteiligungswerkzeug ist jedoch die Plattform "Liquid Feedback", mit deren Hilfe nicht nur Meinungsbilder erhoben und Entscheidungen vorbereitet werden können, sondern zugleich internetbasierte Abstimmungen realisiert werden. Dabei handelt es sich jedoch nicht um eine Variante der elektronischen Stimmabgabe, sondern um die Modellierung eines delegate voting, das eine flexible Weitergabe und Häufung von Stimmen im Rahmen eines kollektiven Diskussionsprozesses erlauben soll. Die technologische Realisierung der Idee einer "deliberativen Demokratie" wird insbesondere vorangetrieben durch den Berliner Liquid Democracy e. V. (http://liqd.net), dessen Überlegungen und Vorarbeiten auch für die Adaption der "Liquid-Feedback-Plattform" durch die Piratenpartei gesorgt haben.I¹⁹ Diese Form der kollektiven Meinungs- und Willensbildung ist nicht unumstritten und kommt lediglich fallweise zur Anwendung. Dennoch ist die Idee einer "flüssigen Demokratie", die den einzelnen Parteimitgliedern unterschiedliche Beteiligungsoptionen bietet, besonders eng mit dem basisdemokratischen

I¹⁷ Aus dem "Piratenwiki" zum Stichwort "Dicker Engel". Weiter heißt es dort: "Hier treffen sich der Bundesvorstand, die Landesvorstände, Piraten, Freunde und Interessierte. Es wird frei gesprochen, geredet, gestritten, getauscht, gelacht und getrunken. Alle sind gleich. (...) Der 'Dicke Engel' ist der Ort, an dem man sich zwanglos, aber doch ernst in der Sache, engagiert." Online: http://wiki.piratenpartei.de/Dicker_Engel (9.1.2012).

I¹⁸ Diese Formate werden nicht bundeseinheitlich, sondern auf Landesverbandsebene erprobt und entwickelt. Die mit der freien Software "Limesurvey" erstellten Umfragen werden vom hessischen Landesverband koordiniert und auch vom Bundesvorstand genutzt.

19 Zum Konzept der *liquid democracy* vgl. S. Jabbusch (Anm. 1).

Anspruch und dem technologischen Innovationswillen der Piratenpartei verkoppelt. P20

Für die Organisationswirklichkeit der Partei erscheint bislang jedoch die Einbindung einfacherer Verfahren (etwa des "Dicken Engels" als virtuelles Vereinslokal) prägender zu sein. Ein vorläufiges Resultat ist die Stärkung dezentraler Diskussionen und einer innerorganisatorischen Offenheit, die beteiligungsfördernd ist und zugleich stilbildend für das Führen parteiinterner Debatten zu wirken scheint. Von der deliberationsorientierten Kommunikationskultur kann die Piratenpartei auch bei Offline-Veranstaltungen profitieren. So etwa beim Bundesparteitag im Dezember 2011: Der egalitäre Ansatz der zahlreichen digitalen Kommunikationsformate erfuhr dort seine Fortsetzung in der offenen Organisation der Plenumsdebatten. Auf der Tagesordnung standen vergleichsweise wenige Reden, stattdessen wurden vor allem Antragstexte diskutiert, die bereits vorab in "Antragsfabriken" oder anderen Foren entwickelt worden waren. Die gesamte Kommunikationssituation - unter anderem mit einem für alle Mitglieder potenziell frei zugänglichen Saalmikrofon - spiegelte die flache Hierarchie der Parteistrukturen wider. 21

Warum Berlin?

Aufgrund des Fehlens innerparteilicher Flügelstrukturen und einer schon traditionell zurückhaltenden, auf Verwaltung und Organisation ausgerichteten Vorstandstätigkeit dürften in der nächsten Zeit vor allem die Landesverbände als relevante Machtakteure innerhalb der Piratenpartei in den Fokus rücken. Auch die bislang in einer Art "kooperativen Konkurrenz" geführten Landtagswahlkämpfe deuten darauf hin, dass diese Organisationsebene eine wichtige Ressource

Po Auch die Enquête-Kommission "Internet und Digitale Gesellschaft" nutzt über die Internetseite www.enquetebeteiligung.de liquid-democracy-Software, was sowohl für eine breitere öffentliche Wahrnehmung des Konzeptes gesorgt als auch auf die Debatte innerhalb der Piratenpartei zurückgewirkt hat.
Pi Der Verfasser hat als Beobachter am Offenbacher Bundesparteitag der Piratenpartei teilgenommen, ein ausführlicher Beitrag über innerparteiliche Kommunikationsprozesse ist in Vorbereitung.

für persönliche Profilierung und innerparteilichen Aufstieg darstellt.

Insbesondere der Wahlerfolg in Berlin hat gezeigt, dass nun auch die basisdemokratisch orientierte Piratenpartei faktisch über eine Parteielite verfügt - formal sind dies zunächst die 15 Mandatsträger, die in das Berliner Abgeordnetenhaus gewählt wurden. Als politische Repräsentanten "im Hauptberuf" unterscheiden sie sich deutlich von den bisher ehrenamtlich tätigen "Kommunalpiraten". Und auch innerhalb dieser Spitzengruppe besteht ein Gefälle zwischen der Fraktionsleitung um Andreas Baum und für die Medien besonders interessante Ansprechpartner wie Gerwald Claus-Brunner oder Christopher Lauer einerseits sowie den "einfachen" Fraktionsmitgliedern andererseits. Die mediale Aufmerksamkeit erstreckt sich nach dem Einzug ins Berliner Abgeordnetenhaus auch auf bislang eher zurückhaltend agierende Akteure des Bundesvorstands, besonders den Vorsitzenden Sebastian Nerz und die politische Geschäftsführerin Marina Weisband.

Als bisher einzig erfolgreichem Landesverband könnten aus Berlin wesentliche Impulse und Vorlagen für die formale Organisation und inhaltliche Positionierung in den kommenden Wahlkampagnen ausgehen. Allerdings muss der Wahlerfolg in Berlin zunächst als singuläres Ereignis betrachtet werden, der in keinem direkten Zusammenhang mit den bisherigen und voraussichtlich auch nicht mit künftigen Wahlkämpfen der Piraten steht. Beim "Heimspiel" in der Hauptstadt der deutschen Netzpolitik konnte der Berliner Landesverband auf den Vorteil einer vergleichsweise überschaubaren Wahlkampfarena bauen, mit zunehmender Wahlkampfdauer auch auf nervös reagierende Gegner. Dabei grenzt vor allem ein Umstand die Berliner Wahlkampfarena von denen anderer Bundesländer ab: Die bundespolitisch geprägten Diskurse um digitale Bürgerrechte sind beinahe nahtlos mit der Berliner Landespolitik verknüpft. Internet-Enquête, "Freiheit statt Angst"-Demonstrationen, die Internet-Konferenz "re:publica" oder der Chaos Computer Club - zentrale Akteure, Ereignisse und Offline-Schauplätze netzpolitischer Debatten sind in Berlin beheimatet. Diese Situation spielte den Piraten in die Hände, sie genossen als "Partei aus dem Internet" automatisch ein Aufmerksamkeitsplus.

Nächstes Level

Bis zur nächsten Bundestagswahl, die im Herbst 2013 vorgesehen ist, sieht sich die Piratenpartei einer Reihe von Herausforderungen gegenüber. Zunächst einmal muss sich die Berliner Fraktion den Anforderungen des parlamentarischen Alltags gewachsen zeigen und einen Professionalitätsnachweis liefern. Konkret müssen sich die gewählten Piraten mit den Routinen des Abgeordnetenhauses arrangieren, ohne ihre Verwurzelung in einer lebendigen und dezentralen Netzkultur aufzugeben. Eine gute, reibungslose und im besten Falle effektive Parlamentspräsenz würde der Piratenpartei insgesamt nutzen und deren Wahrnehmung als eine seriöse Erweiterung der deutschen Parteienlandschaft stärken.

Die relative Ruhe an der Wahlurne spielt den Piraten in die Hände: Bislang ist für 2012 lediglich eine einzige Landtagswahl angekündigt (Schleswig-Holstein). Dadurch bliebe genügend Zeit für die Konsolidierung und Professionalisierung der Parteistrukturen bis zur Bundestagswahl. Raum gäbe es auch für interne Debatten über die programmatische Ausrichtung. Dabei stünde im Wesentlichen die Klärung der Frage im Mittelpunkt, ob eine Konzentration auf das Politikfeld Netzpolitik oder eine Öffnung und Verbreiterung des Themenspektrums die bessere Option für die Positionierung im Parteienspektrum darstellt. In diesem Prozess nimmt die Entwicklung und Anwendung innovativer Formate zur digitalen Kommunikation und Organisation der Parteiarbeit einen hohen Stellenwert ein, denn hier liegt ein wichtiges Distinktionsmerkmal gegenüber den etablierten Parteien. Somit wird zu einer Schlüsselfrage, ob es der Piratenpartei auch im Schatten eines rasch voranschreitenden Organisationswachstums und einer formalen Professionalisierung gelingt, digitale Kollaborationsplattformen und Deliberationswerkzeuge wie "Liquid Feedback" auch weiterhin produktiv in den Arbeitsalltag zu integrieren. Wird dabei der spezielle Modus einer "digitalen innerparteilichen Demokratie" erfolgreich mit der Etablierung einer neuen Marke im traditionell eher strukturkonservativen Parteiensystem verbunden, dann werden die Piraten gute Chancen haben, auch im Bundestag einige Sitze zu ergattern.

Miriam Meckel

Menschen und Maschinen. Wenn Unterschiede unsichtbar werden

Essay

Seit sechs Jahren veröffentlicht das IT-Unternehmen IBM zum Jahresende eine Vorhersage über die fünf wesentlichen Technologie-

trends. In der jüngsten Vorhersage vom Dezember 2011 lautet Trend Nr. 3: "Gedankenlesen ist nicht länger Science Fiction." In einem kurzen Video wird erläutert, wie das Unternehmen daran forscht, das menschliche Gehirn mit technischen Geräten wie dem Computer oder dem Smartphone

Miriam Meckel

Dr. phil., geb. 1967; Professorin für Kommunikationsmanagement an der Universität St. Gallen, Schweiz; Faculty Associate am Berkman Center for Internet & Society der Harvard University, USA; Visiting Professor an der Singapore Management University. miriam.meckel@unisg.ch www.miriammeckel.com

zu verbinden, so dass der Mensch keine Tasten mehr drücken muss, um einen Befehl in den Computer einzugeben oder einen anderen Menschen zu kontaktieren. "Du musst nur daran denken, jemanden anzurufen, und schon passiert es."

Wenn diese Prognose zutrifft, dann werden Maschinen künftig durch Gedanken gesteuert, und es entfallen immer mehr Schnittstellen zwischen Mensch und Computer. Ebenso denkbar ist die Möglichkeit, miniaturisierte Maschinen direkt in den menschlichen Körper zu implantieren. Das amerikanische Unternehmen Applied Digital Solutions hat längst einen implantierbaren "Verichip" auf Basis der auf Radiofrequenztechnik aufsetzenden RFID-Technologie (Radio Frequency Identification Technology) entwickelt. Der

I IBM, the IBM 5 in 5, 19.12.2011, online: http://asmarterplanet.com/blog/2011/12/the-next-5-in-5-our-forecast-of-five-innovations-that-will-alter-the-landscape-within-five-years.html (2.1.2012).

Chip kann zum Beispiel in Herzschrittmachern eingebaut werden, um per Ferndiagnose zu überwachen, ob der Träger des Schrittmachers in Ohnmacht gefallen ist. Leicht lässt sich ein solcher Chip auch mit GPS-Technologie erweitern, also mit der Möglichkeit versehen, jederzeit den Aufenthaltsort und den Bewegungsradius eines Menschen oder eines Tieres nachzuvollziehen. Wir können also zukünftig nicht nur unsere Brille kontaktieren, um zu fragen "Wo steckst du bloß wieder?", und die Brille antwortet unmittelbar mit den detailgenauen Angaben ihres aktuellen Aufenthaltsorts. Wir könnten auch Haustiere, Kinder oder Partner mit Hilfe dieser Chiptechnologie in die ferngesteuerte Sicherungsverwahrung nehmen - eine Vision, die unter dem Begriff barcoding humans (Menschen mit einem Barcode versehen) bereits harsche Kritik hervorgerufen hat. 12

Seit Jahren forschen Wissenschaftler auch an der erweiterten Nutzung von Computer-Hirn-Schnittstellen, über die beispielsweise gelähmte Menschen dem Computer Befehle geben können. Die Verbindung von Mensch und Maschine erfolgt dabei über am Kopf angebrachte oder ins Gehirn implantierte Elektroden, die spezifische, einzelnen Körperbewegungen zugeordnete Signalmuster entschlüsseln und in Computersprache umsetzen. So lassen sich Computer oder auch künstliche Gliedmaßen allein per Gedanken steuern. Bislang konzentrierte sich diese Forschung auf die medizinischen Anwendungen, aber auch die Spieleindustrie arbeitet längst an gedankengesteuerten Computerspielen.

Die Möglichkeit, unsere Gedanken durch Computer auslesen zu lassen oder, umgekehrt, die Maschine durch Gedanken zu steuern, ist nun der weitreichendste Entwurf einer umfassenden Vernetzung und Verbindung des menschlichen Lebensalltags mit dem Internet. Der Mensch wird vollständig analysierbar und berechenbar, also vorhersagbar. Das kann das Leben in vielen alltäglichen Routinen erleichtern. Aber: Wer hat zukünftig die

P Angela Swafford, Barcoding humans: The era of implanting people with identity chips is up on us, in: The Boston Globe vom 20.5.2003, online: www.prisonplanet.com/barcoding_humans.html (2.1.2012).
P Vgl. Markus Becker, Der heiße Draht zum Hirn, 26.11.2009, online: www.spiegel.de/wissenschaft/medizin/0,1518,663300,00.html (2.1.2012).

Kontrolle über diese Berechnungen und Steuerungen? Sind es noch die Individuen, denen die ausgelesenen und zur Steuerung weiterer Prozesse genutzten Gedanken in ihrer Entstehung zugeordnet werden können, oder haben auch andere Menschen oder Organisationen Zugriff darauf, die unsere Daten zu eigenen Zwecken nutzen?

Durch den Prozess des Zusammenwachsens von Mensch und Maschine verändern sich wesentliche Parameter menschlichen Lebens und menschlicher Existenz. Er ermöglicht (1) die umfassende Personalisierung der Information, (2) die grenzenlose Veröffentlichung individueller menschlicher Existenz sowie (3) den Entwurf des Menschen als Hybridwesen aus Technik und Geist, Maschine und Körper, der bekannte, unser Leben prägende Unterscheidungen infrage stellt.

Algorithmisch personalisiertes Internet: Ich bin mein Profil

Zunächst hatte niemand so recht bemerkt, was es bedeutete, als Google Ende 2009 seinen Suchalgorithmus änderte und von der generalisierten auf die personalisierte Suche umstellte. Wer immer nun etwas im Internet sucht, bekommt individualisierte Ergebnisse. Dabei werden vorherige Suchanfragen mit den Daten, die ansonsten im Internet über die Nutzerinnen und Nutzer kursieren, kombiniert, ausgewertet, gewichtet und weiterverarbeitet. Jeder bekommt die Suchergebnisse aufgelistet, die am besten zu seinen bisherigen Präferenzen passen. So entsteht ein individuelles Profil eines jeden Menschen, das zum Ansprechpartner der Maschine wird.

Auf diesem Wege verschwindet sukzessive die unerwartete Entdeckung, die durch einen glücklichen Zufall möglich wird. Er wird schlicht aus der Netznutzung herausgerechnet. In der englischen Sprache werden diese menschlichen Zufallsentdeckungen serendipity genannt. *Serendipity* tritt in unser Leben, wenn wir in einem Buchladen plötzlich ein Buch in der Hand haben, das durch seinen Umschlag unsere Aufmerksamkeit geweckt hat, wenn wir eine Zeitungsreportage anlesen und plötzlich gefesselt sind, in

It Vgl. Robert Merton/Elinor Barbar, The Travels and Adventures of Serendipity, Princeton 2004.

der Begegnung mit einem Menschen, in den wir uns verlieben, obwohl er nicht unseren Idealvorstellungen entspricht. Und serendipity liegt auch darin, dass wir unbekannten Themen begegnen, die uns zum Beispiel politisch aktiv werden lassen, weil es uns wichtig erscheint.

Das personalisierte Internet kann zwar noch - keine Gedanken lesen, aber es führt zu einem Ergebnis, das dem nahekommt. Wenn die den Netznutzerinnen und -nutzern präsentierten Informationen und Empfehlungen weitgehend auf einem individualisierten Profil beruhen, dann kommt es zu immer weniger Zufallsbegegnungen, dann wird die Welt zu einem Hohlspiegel unserer individuellen Vorstellungen, Wünsche und Präferenzen, und wir leiden irgendwann unter "Weltkurzsichtigkeit".15 Und wenn das Netz immer umfassender - und noch dazu über augmented reality (Erweiterung der menschlichen Sinne durch Computertechnologie) und Implantate - mit uns verbunden wird, dann betrifft dieser Wandel nicht allein unser Informations- und Kommunikationsverhalten, sondern bald unser ganzes Leben. Wir leben in einer "Filterblase", 6 die aus den für uns vorgefilterten Informationen, Angeboten und Möglichkeiten entsteht, und was immer wir sagen oder tun, es wird uns den eigenen Interessen und Vorstellungen entsprechend wie aus einer "Echo-Kammer" I widergespiegelt.

Diese Personalisierung in der Vernetzung hat Vorteile. Sie macht das Leben einfacher, erleichtert den Menschen die Nutzung ihrer bevorzugten Angebote – die Vollendung der Individualisierung mit digitalen Mitteln. Wenn es dabei um die richtige Joghurt- oder Brillenmarke geht, mag es zu verschmerzen sein, dass die zufällige Auswahl eines anderen Produktes im Zuge der Personalisierung immer unwahrscheinlicher wird. Wenn es dagegen um politische Informationen geht, ist Skepsis angebracht. Klickt man bei Facebook beispielsweise über einen gewissen Zeitraum nur Status-Updates von Politikern einer bestimmten Partei an, so rechnet der Algorith-

mus dieses Verhalten in Präferenz um und zeigt die entsprechenden Meldungen auch immer häufiger, während die von Vertretern anderer politischer Richtungen seltener bis gar nicht mehr berücksichtigt werden. Wer über die dahinter liegenden Mechanismen Bescheid weiß, kann aktiv nach alternativen Informationen suchen. Wer sie nicht kennt. kann dem Glauben verfallen, es gäbe in seiner Lebenswelt nur noch eine politische Farbe. So kann eine "Schweigespirale 2.0" entstehen, in der Netznutzerinnen und -nutzer dem Eindruck faktisch nicht vorhandener Mehrheitsmeinungen unterliegen, die letztlich nicht mehr sind als ein Rechenergebnis algorithmischer Personalisierung. Der ehemalige Google-Chef Eric Schmidt hat die Folgen des personalisierten Internets in einem Interview auf den Punkt gebracht: "Wir wissen immer, wo du bist. Wir wissen, wo du warst. Wir wissen mehr oder weniger, was du denkst."19

Grenzenlose Veröffentlichung des Lebens: Du siehst mein Profil

Im Internet werden nicht nur unsere Profile, unsere persönlichen Daten und technischen Lebensverhältnisse vernetzt, sie werden auch sichtbar gemacht. Das Prinzip hat sich nicht verändert, seit 1991 mit der "Trojan Coffee Cam" die erste Webcam an der Universität Cambridge online ging. Sie zeigte den Füllstand der einzigen Kaffeemaschine im Bereich des Computerlabors und ersparte Wissenschaftlern in weit entfernten Winkeln des Labors vergebliche Wege zum Kaffeenachschub. 10 Heute werden nicht nur Füllstände von Kaffeekannen ins weltweite Netz übertragen, sondern millionenfach die Wetterverhältnisse in allen Winkeln der Welt, die Geschehnisse in Fitnessstudios, auf Bowlingbahnen und in privaten Wohn- und Schlafzimmern.

Bei Facebook kann man sein Leben von der Geburt bis zum Tod neuerdings in der *time*-

I⁶ Miriam Meckel, Weltkurzsichtigkeit: Wie der Zufall aus unserem digitalen Leben verschwindet, in: Der Spiegel, Nr. 38 vom 18.9.2010, S. 120 f.

Eli Pariser, The Filter Bubble. What the Internet is Hiding from You, New York 2011.

Cass R. Sunstein, Republic.com 2.0, Princeton 2007, S. 116.

Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann, Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung – unsere soziale Haut, München 1980.

P Google's CEO: "The Laws Are Written by Lobbyists", 1.10.2010, online: www.theatlantic.com/technology/archive/2010/10/googles-ceo-the-laws-are-written-by-lobbyists/63908 (3.1.2012).

I¹⁰ Vgl. Jörg Schieb, Mit einer Kaffeekanne hat alles angefangen, 8.11.2011, online: http://wdrblog.de/joergschieb/archives/2011/11/webcam.html (2.1.2012).

line dokumentieren. Wenn diese sich so entwickelt, wie das Unternehmen es plant, dokumentiert sie künftig schlicht alles, was alle tun. Dazu müssen die Nutzerinnen und Nutzer gar nicht mehr durchgängig selbst aktiv werden. Unsere Aufenthaltsorte und Tätigkeiten werden nicht mehr nur durch unsere eigenhändig eingestellten Informationen und Fotos nachgeführt, sondern auch halbautomatisch mithilfe von Apps, die mitzeichnen, welche Musik wir hören, welche Filme wir schauen, was wir gerade lesen, um unsere "Freunde" daran teilhaben zu lassen. Die timeline setzt damit um, was der Informatiker und Künstler David Gelernter als unsere digitale Zukunft entwirft: den lifestream, in dem alle je verfügbaren Informationen gesammelt und zu einem stetigen Strom der Daten, Bilder, Videos zusammengefasst werden. 111

Für das menschliche Leben gilt der alte Satz über das Ganze, das mehr ist als die Summe seiner Teile. Ich bin nicht nur das digitale Abbild meiner selbst, und sei das noch so sekundengenau dokumentiert. Deshalb ist schon die Annahme des Facebook-Gründers Mark Zuckerberg problematisch, wir könnten künftig unser ganzes Leben auf einer Seite dokumentieren. Das würde bedeuten, unsere digitalen Abbilder als unser Selbst zu begreifen. Die unbekannte Seite eines Menschen? Die gibt es nicht mehr, wenn sie nicht im *lifestream* aufscheint. Ich bin mein digitales Profil.

Die Phasen unseres Lebens, die wir nicht gerne dokumentiert hätten, werden ganz sicher in der timeline verzeichnet sein. Selbst wenn wir sorgsam darauf geachtet haben, keine Informationen über unsere Ausschweifungen bei Facebook zu posten, andere werden schon dafür Sorge tragen, dass es geschieht. Soziale Netzwerke sind transitiv. Wenn A mit B und B mit C verbunden sind, dann ist in der Regel auch A mit C verbunden. I¹² Informationen, die ich für meinen Facebook-Freundeskreis zur Verfügung stelle, bleiben also mitnichten sicher in diesem Kreis. Sie ziehen weiter durchs Netzwerk. Das Netz wird sich allumfassend und unbeschränkt an mich erin-

nern, ob ich will oder nicht. Während wir seit Jahren darüber rätseln, wie wir das digitale Vergessen möglich machen können, um einen Rest an Privatheit zu sichern, III geht es bei der timeline um lebenslanges Erinnern. Während Internetexperten gar über die digitale "Reputationsinsolvenz" III nachdenken, um Nachsicht und die Chance auf den Neustart auch ins digitale Leben hinüberzuretten, schaltet Facebook auf totale Transparenz. Lebe so, dass jeder Schritt deines Lebens, alles, was du konsumierst, jeder Gedanke, den du hast, jederzeit für alle sichtbar sein kann – so lautet das Motto. Die schöne neue Welt eines Lebens mit der digitalen Schere im Kopf.

Schließlich hat das Folgen für den menschlichen Selbstentwurf, für unsere Identität. Mark Zuckerberg hat in einem Interview einen gleichsam programmatischen wie verräterischen Satz gesagt: "Du hast eine Identität", betonte er, "zwei Identitäten zu haben, zeugt von einem Mangel an Integrität". I¹5 Die sozialen Netzwerke spiegeln künftig nicht nur eine Facette unserer Identität, sie werden zu unserer Identität. Abweichungen von unserer digitalen Lebenslinie sind dann nicht mehr vorgesehen. Was nicht online ist, gibt es nicht. Was aber online ist, ist für viele für immer sichtbar.

Der Philosoph Jeremy Bentham hat die Idee einer weitreichenden, selbstorganisierten Überwachung durch Öffentlichkeit in seinem Konstrukt des "Panopticons" bereits im 18. Jahrhundert entwickelt. 16 Was Bentham sich damals noch als Gebäude vorstellte, als Radialsystem, in dem der Wächter jeden im Gebäude befindlichen Menschen von einem Überwachungsturm in der Mitte aus sehen konnte, kann für die heutige, virtualisierte Form Modell stehen. Das digitale Panopticon entsteht aus der gegenseitigen Beobachtung der Menschen im Netz. Es bedarf keiner Mitte mehr und keines zentralen Wächters. Und doch kann die selbstorganisierte Beobachtung zum Identitätsmainstreaming à la Zuckerberg

I¹¹ Vgl. David Gelernter, Die Zukunft des Internet, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (FAS) vom 28.2.2010, S. 25.

I¹² Vgl. Duncan Watts, Small World: The Dynamics of Networks Between Order and Randomness, Princeton 2004.

Vgl. Viktor Meyer-Schönberger, Delete. Die Tugend des Vergessens in digitalen Zeiten, Berlin 2010.
 Jonathan Zittrain, The Future of the Internet – And How to Stop It, New Haven–London 2008, S. 128f.
 Zit. nach: David Kirkpatrick, The Facebook Effect: The Inside Story of the Company that is Connecting the World, New York 2010, S. 199.

Vgl. Jeremy Bentham, Panopticon, in: Miran Bozovic (ed.), The Panopticon Writings, London 1995, S. 29–95.

führen und womöglich gar zu einer digitalen Disziplinargesellschaft, wie sie Michel Foucault in analoger Form vorschwebte. 117

Es geht also um weit mehr als um neue pragmatische Herausforderungen im Umgang mit Persönlichem. Eine Ahnung davon vermittelt IBM in seiner Technologievorausschau mit der zweiten Innovation: "Du wirst nie wieder ein Passwort brauchen."118 Biometrische Daten, wie das Scannen der Iris im menschlichen Auge werden mit Hilfe von Software dazu genutzt werden, ein DNA-spezifisches Online-Passwort zu erstellen, mit dem jede Nutzerin und jeder Nutzer sich künftig überall anmelden kann - vom Login im Netz über die Nutzung des geschützten Smartphones bis hin zum Geldautomaten oder der Aktivierung häuslicher Sicherheitssysteme. Das klingt sehr bequem und praktisch (und enthebt die Menschen von der oft unsicheren Verwaltung und Aufbewahrung zahlreicher Passwörter). Aber was geschieht, wenn das eine, DNA-spezifische Passwort gehackt wird oder in die falschen Hände gerät? Die Entschlüsselung des fehlerhaften "Staatstrojaners" durch den Chaos Computer Club im Herbst 2011¹⁹ gibt das Signal: Vorsicht ist angebracht, denn es geschieht schon jetzt viel mehr, als die Normalnutzer des Netzes und seiner umlagernden Technologien wissen und verstehen können, und vieles davon geschieht unsichtbar, allein durch den digitalen Code, der Fakten schafft, ohne dass die Kontrollen adäquat angepasst werden.

Mensch als Hybrid: Technik und Geist, Maschine und Körper

Es ist der ewige Wunsch, menschlichen Geist in die Maschine zu transferieren, der in Zeiten der digitalen Vernetzung und künstlichen Intelligenz neue Nahrung bekommt. I²⁰

¹⁷ Vgl. Michel Foucault, Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt/M. 1994.

I¹8 IBM (Anm. 1).

I¹⁹ Vgl. Frank Rieger, Anatomie eines digitalen Ungeziefers, in: FAS vom 9.10.2011, online: www.faz.net/aktuell/feuilleton/ein-amtlicher-trojaner-anatomie-eines-digitalen-ungeziefers-11486473.html (2.1.2012); Constanze Kurz/ders., Die Datenfresser. Wie Internetfirmen und Staat sich unsere persönlichen Daten einverleiben und wie wir die Kontrolle darüber zurückerlangen, Frankfurt/M. 2011.

Po Vgl. Oliver Müller, Zwischen Mensch und Maschine. Vom Glück und Unglück des Homo faber, Berlin 2010. Wenn Gedankenlesen durch die Maschine keine Science Fiction mehr ist, hat der menschliche Geist sich dann nicht längst auf den Weg in die Maschine gemacht, auch wenn er zunächst noch aus dem menschlichen Gehirn ausgelesen werden muss? Und was ist dann der Mensch, der mit technischer Erweiterung Schritt für Schritt auch selbst ans globale Netz angeschlossen wird – ein technisierter Mensch oder eine humanisierte Maschine?

Aus zahlreichen Romanen und Filmen kennen wir die Entwürfe der Menschmaschinen oder Maschinenmenschen, die als "Cyborgs" und "Replikanten" die Welt bevölkern. L²² Zumeist haben die Menschen dabei die Maschinen anthropomorphisiert, also in ihrer Gestalt nach dem eigenen Vorbild erschaffen. Heute wissen wir, nicht nur durch die Weiterentwicklung in der Erforschung der künstlichen Intelligenz, dass es auf die äußeren Erscheinungsformen nicht unbedingt ankommt, sondern vielmehr die Unterscheidbarkeit von Mensch und Maschine zur neuen Herausforderung geworden ist.

In seiner Abhandlung zum "Chinesischen Zimmer" hat der Philosoph John R. Searle das Problem zu lösen versucht. Problem zu lösen versucht. Er hat anhand eines Beispiels zum Umgang mit einer fremden Sprache (in diesem Fall Chinesisch) argumentiert, ein Mensch könne sinnvolle Sätze allein nach einem vorgegebenen Handbuch und entsprechenden Regeln der Syntax herstellen, ohne dass er selbst die Sprache verstehe oder das, was er in den jeweiligen Sätzen formuliert habe. Damit täte dieser beschriebene Mensch nach Searle genau das, was ein Computer tut: Er hantiert nur nach festen Regeln mit Symbolen und hat damit keine Fähigkeit zur Einsicht, zur Wahrnehmung oder zum Verstehen. Solange dies so ist, kann dem Computer nach Searle keine Intelligenz oder keine Form von menschlichem oder menschenähnlichem Geist zugestanden werden.

Searle hat mit seiner Argumentation für den zugrunde liegenden Versuchsansatz Recht.

- ^{▶1} Vgl. Miriam Meckel, NEXT. Erinnerungen an eine Zukunft ohne uns, Reinbek 2011.
- I²² Vgl. den Cyberpunk-Klassiker von William Gibson, Neuromancer, Berlin 1998.
- P³ Vgl. John R. Searle, Is the Brain's Mind a Computer Program?, in: Scientific American, (1990) 1, S. 26–31.

Aber er verkennt, dass wir längst mit einem anderen Problem konfrontiert sind - dem der schwindenden Unterscheidbarkeit von menschlicher und maschineller Intelligenz. Schon der Schachmeister Gary Kasparov verlor 1997 gegen den IBM-Schachcomputer "Deep Blue" und gab während des Spiels mehrfach an, Zeichen von menschlicher Intelligenz im Computer wiederzuerkennen, "signs of mind in the machine". I²⁴ Der Nachfolger von "Deep Blue", ein Computer namens "Watson", der ebenfalls von IBM entwickelt wurde, trat 2011 beim US-amerikanischen Fernsehquiz "Jeopardy" gegen die beiden besten menschlichen Spieler an - und gewann. Nicht weil er so intelligent war, sondern weil er mit 2800 parallel arbeitenden Rechnern über so unglaublich große Kapazitäten verfügte, dass er vieles schneller auswerten und berechnen konnte als die menschlichen Spieler mit ihrer Intelligenz.

Unbeobachtbarkeit des Unterscheidbaren

Die wachsende Ununterscheidbarkeit von Mensch und Maschine in ihrer Intelligenz- und Kommunikationsleistung hat schon den Computerpionier Joseph Weizenbaum nachhaltig beeindruckt – und so geschockt, dass er sich schließlich aus der Forschung zurückzog. Les Weizenbaum hatte eine Software namens "Eliza" entwickelt, die zu therapeutischen Gesprächen eingesetzt werden konnte und so "authentisch" kommunizierte, dass die Patientinnen im Versuch sich weigerten, die Maschine hinter "Eliza" zu erkennen und zu akzeptieren.

Wenn Technologie für den Menschen nicht bloß "Instrumentarium der Daseinssicherung und elementaren Bedürfnisbefriedigung" ist, sondern vielmehr "Thema und Signatur seiner Selbstdeutung und Selbstverwirklichung",1²⁶ dann bedeutet das, dass sich der Mensch als Gattung unter diesen Bedingungen verändern wird. Dann werden wir zu etwas anderem, von dem wir jetzt noch nicht

P⁴ Zit. nach: Hans Moravec, When will computer hardware match the human brain?, in: Journal of Evolution and Technology, 1 (1998), S. 1–17. genau wissen, wie wir es beschreiben können. Es gibt keine Zauberformel, die wie in Goethes Ballade vom "Zauberlehrling" Mensch zu Mensch und Maschine zu Maschine zurückverwandeln könnte. Und es wird auch kein Meister kommen. Denn es gibt keinen. Wenn wir keine Beweise und keine Unterscheidungsmöglichkeiten mehr haben, ergeht es uns in der Unbeobachtbarkeit unserer Menschlichkeit schlimmer als dem Zauberlehrling: "Heute wissen wir Zauberlehrlinge nicht nur nicht, daß wir die Entzauberungsformel nicht wissen, oder daß es keine gibt; sondern noch nicht einmal, daß wir Zauberlehrlinge sind." I²⁷

Solche Erfahrungen machen ansatzweise schon heute Menschen, bei denen über einen "Hirnschrittmacher" die Linderung der Symptome einer Parkinsonerkrankung ermöglicht werden kann. Sie erleben sich sozusagen zwischen zwei Bewusstseinszuständen, zwischen denen sie hin- und herschalten können. Ist der Schrittmacher eingeschaltet, geht das Zittern zurück, aber der Patient leidet unter Sprachstörungen und einer veränderten Stimmlage. Ist er ausgeschaltet, zittert der Patient, aber hört sich vollkommen normal sprechen. Während der Zeit, "in denen wir das Gerät abgeschaltet hatten, war mir, als ob in meinem Kopf ein PC eingeschaltet wurde, dessen Brummen und Klicken mir verhießen, daß mein Gehirn arbeitete". 128

In der zunehmenden Hybridisierung des Menschen durch die Verbindung von Maschine und Körper, Technik und Geist liegt also ein Prozess versteckt, den wir als den Verlust der Unterscheidbarkeit beschreiben können. Wo Computer immer schneller und leistungsfähiger werden, ist es nicht mehr länger die tatsächliche Nachbildung menschlicher Intelligenz in der Maschine, die entscheidend ist. Vielmehr wird der Unterschied zwischen menschlicher und Maschinenintelligenz für den Menschen unbeobachtbar. Und damit ist er faktisch nicht mehr existent. Der Computer muss also nicht menschengleich werden. Es reicht, wenn er uns so erscheint.

P⁷ Günther Anders, Die Antiquiertheit des Menschen, München 1986, S. 398.

P⁸ Helmut Dubiel, Tief im Hirn, München 2006, S. 125 ff.

P⁵ Vgl. Joseph K. Weizenbaum, Die Macht der Computer und die Ohnmacht der Vernunft, Frankfurt/M. 1978, S. 242ff.

P⁶ Hans Blumenberg, Lebenswelt und Technisierung unter Aspekten der Phänomenologie, in: ders., Wirklichkeiten, in denen wir leben. Aufsätze und eine Rede, Stuttgart 1981, S. 16.

"APuZ aktuell", der Newsletter von

Aus Politik und Zeitgeschichte

Wir informieren Sie regelmäßig und kostenlos per E-Mail über die neuen Ausgaben.

Online anmelden unter: www.bpb.de/apuz-aktuell



Nächste Ausgabe

8–9/2012 · 20. Februar 2012

Mensch und Tier

Hilal Sezgin

Dürfen wir Tiere für unsere Zwecke nutzen?

Thilo Spahl

Das Bein in meiner Küche

Carola Otterstedt

Bedeutung des Tieres für die Gesellschaft

Sonja Buschka/Julia Gutjahr/Marcel Sebastian

Grundlagen und Perspektiven der Human-Animal Studies

Peter Dinzelbacher

Mensch und Tier in der europäischen Geschichte

Mieke Roscher

Tierschutz- und Tierrechtsbewegung – ein historischer Abriss

Kathrin Voss

Kampagnen der Tierrechtsorganisation PETA

Wolf-Michael Catenbusen

Tiere und Mensch-Tier-Mischwesen in der Forschung

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung Adenauerallee 86 53113 Bonn



Redaktion

Dr. Hans-Georg Golz Dr. Asiye Öztürk Johannes Piepenbrink (verantwortlich für diese Ausgabe) Anne Seibring (Volontärin) Telefon: (02 28) 9 95 15-0 www.bpb.de/apuz apuz@bpb.de

Redaktionsschluss dieses Heftes: 3. Februar 2012

Druck

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH Kurhessenstraße 4–6 64546 Mörfelden-Walldorf

Satz

le-tex publishing services GmbH Weißenfelser Straße 84 04229 Leipzig

Abonnementservice

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung Das Parlament ausgeliefert.

Jahresabonnement 25,80 Euro; für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 Euro. Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Frankfurter Societäts-Medien GmbH Vertriebsabteilung Das Parlament Frankenallee 71–81 60327 Frankfurt am Main Telefon (069) 7501 4253 Telefax (069) 7501 4502 parlament@fs-medien.de

Nachbestellungen

IBRo
Kastanienweg 1
18184 Roggentin
Telefax (038204) 66 273
bpb@ibro.de
Nachbestellungen werden bis 20 kg mit
4,60 Euro berechnet.

Die Veröffentlichungen in Aus Politik und Zeitgeschichte stellen keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar; sie dienen der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

Digitale Demokratie

APuZ 7/2012

Jan-Hinrik Schmidt

3_8 Das demokratische Netz?

Das Internet weckt immer wieder Hoffnungen auf eine Vitalisierung demokratischer Teilhabe, zuletzt bei den sogenannten Facebook-Revolutionen in Nordafrika und der arabischen Welt zu beobachten. Es wird die Frage diskutiert, inwiefern das Internet tatsächlich demokratisch oder gar demokratisierend ist.

Christian Stöcker

9_14 Governance des digitalen Raumes

Ob Netzneutralität, Datenschutz oder Urheberrecht – politische Weichenstellungen in der digitalen Welt können weitreichende Folgen sozialer oder gesellschaftlicher Natur haben. Da das Internet aber ein globales Medium ist, können viele Entscheidungen auf nationaler Ebene kaum sinnvoll getroffen werden.

Daniel Roleff

14_20 Digitale Politik und Partizipation: Möglichkeiten und Grenzen

Die fortschreitende Ausweitung der Bürger-Staat-Beziehung auf den digitalen Raum ist weder ein Allheilmittel gegen Politikverdrossenheit noch ein Angriff auf das demokratische System. Demokratie wird ergänzt durch E-Demokratie, Regieren durch E-Government, Bürgerbeteiligung durch E-Partizipation.

Karl-Rudolf Korte

21-26 Beschleunigte Demokratie: Entscheidungsstress als Regelfall

Beschleunigte Ad-hoc-Entscheidungen werden immer häufiger notwendig oder eingefordert – über demoskopiegetriebene Verfahren ebenso wie mit Online-Abstimmungen und "Gefällt mir"-Klicks, welche die Politik zunehmend antreiben. Dies kann auch Auswirkungen auf die Qualität von Entscheidungen haben.

Christoph Bieber

27-33 Die Piratenpartei als neue Akteurin im Parteiensystem

Bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus 2011 schaffte die Piratenpartei erstmals den Sprung in ein deutsches Parlament. Ist ihr Aufstieg nachhaltig oder nur ein Übergangsphänomen? Was sind die Gründe für den Erfolg? Und wie kann digitale politische Kommunikation in analoge Parteistrukturen überführt werden?

Miriam Meckel

33_38 Menschen und Maschinen

Angesichts immer leistungsfähigerer Computer ist nicht mehr länger die Nachbildung menschlicher Intelligenz entscheidend. Vielmehr wird der Unterschied zwischen menschlicher und Maschinenintelligenz unbeobachtbar. Der Computer muss also nicht menschengleich werden. Es reicht, wenn er uns so erscheint.